

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 294.

Dienstag, den 16. Dezember 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die gefährdete Jugend.

Der Bundesrat hat sich in diesen Tagen mit einer Novelle zur Gewerbeordnung beschäftigt, die sofort nach ihrer Fertigstellung dem Reichstag zugehen soll. Zweck des Gesetzesentwurfes ist der Schutz des Publikums, besonders aber der Jugend, vor dem „Schmutz in Wort und Bild“. Wenigstens gibt man vor, diesen Zwecken mit ihm zu verfolgen; ob nicht auch hier wieder, wie seinerzeit bei der Lex Heinze und augenblicklich bei dem Spionagegesetz, unter harmloser Flagge falsche Ware eingeschmuggelt werden soll, wird erst festzustellen sein, sobald der Entwurf vorliegt. Der Verdacht, daß dies geschehen soll, liegt allerdings sehr nahe; schon die Haltung der reaktionären Presse, die mit Eifer für dieses Gesetz und seine weitere „Ausgestaltung“ eintritt, deutet nach dieser Richtung. Was man bei dieser Gelegenheit zu erreichen hofft, dafür sei nur ein kurzes Zitat aus einem Leitartikel der Täglichen Rundschau vom 27. November angeführt:

In letzter Stunde muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß, wie auch der Wortlaut des neuen Gesetzes sein möge, die ernstlich bedrohte Jugend tatsächlich in ausreichender Weise geschützt werde, einerseits gegenüber dem zunehmenden skrupellosen Geschäftsgeist, der sich auf allen Gebieten breit macht, andererseits gegenüber dem Unverstand und der Pflichtvergessenheit der Eltern, deren freies Verfügungsrecht über die Kinder im Interesse des Gesamtwohls von der Staatsgewalt unbedingt eine Einschränkung erfahren muß, wie das z. B. beim Besuch der Kinos der Fall ist. Es ist zu fordern, daß man sich nicht mit einigen papiernen Paragraphen begnügt, nur damit irgend etwas geschehen ist, sondern daß eine ernsthafte Abhilfe gegenüber schreienden Mißständen eintritt. Wer nicht vom grünen Tisch aus das Leben betrachtet, sondern sich mitten hineinsetzt in die Brandung der von maßloser Erwerbssücht aufgeweckten Leidenschaften, der erkennt ohne weiteres, daß nicht allein von der Schundliteratur unsere Jugend bedroht wird, daß auf Schritt und Tritt sittliche Gefahren die heranwachsende Generation umlauern. In erschreckendem Maße nimmt die Zerfällung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls zu, schwindet die Autorität und steigt die Unmähigung derer, die jugendliche Unreife für ihre selbstsüchtigen Zwecke ausbeuten wollen.

Diese Auslassungen zeigen wohl zur Genüge, wohin die Reise gehen soll. Es mag zur Vervollständigung des Bildes deshalb der Hinweis ausreichen, daß das Blatt in seinem von maßlosen Uebertreibungen starrenden Artikel neben den noch zu schaffenden gesetzlichen Handhaben fordert, die Polizei solle mit den der „Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung“ dienenden Gesetzesbestimmungen gegen die wirklichen oder angeblichen Schäden vorgehen, die der Jugend gefährlich werden können. Was das bedeutet, davon kann die organisierte Arbeiterschaft ein Liedchen singen, der man mit Hilfe jener Rautschutbestimmungen so ziemlich jede Art der Tätigkeit unmöglich zu machen gesucht hat — von Bildungsveranstaltungen angefangen bis zum Streikpostengehen. Es bedarf deshalb keiner weiteren Darlegung, daß die Arbeiterschaft sich gegen jede Ausbeutung in der Anwendung jener Bestimmungen energisch verwahren muß.

Nun wird es keinem Vernünftigen einfallen, bestreiten zu wollen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Zustände unserer Zeit für den Jugendlichen eine Menge von Gefahren bergen. Die Losreißung der kaum der Schule entwachsenen von der Familie, die frühe wirtschaftliche Selbstständigkeit, das Elend unserer Wohnungsverhältnisse, die Umwelt der Jugendlichen mit all ihren gleißenden Verlockungen und Versuchungen und auf der andern Seite die Dede des proletarischen Daseins, die zweifelhaften oder vielfach auch sehr unzweifelhaften Darbietungen moderner Vergnügungstätten — das alles wirkt sicher auf die ohnehin in ihrer Empfindsamkeit sehr gesteigerte Psyche der Jugend ein und nicht gerade im günstigen Sinne. Die Frage ist hier nur, ob erweiterte und verschärfte Strafbestimmungen gegen diese aus sozialen Ursachen fließenden Mißstände etwas auszurichten vermögen, und weiter, wenn die Frage behauptet werden sollte, ob wirklich die Verhältnisse derartig sind, daß man ihnen nur mit Polizeigesetzen zuleibe gehen kann.

Die erste Frage ist für uns Sozialdemokraten leicht entzieden: wir verneinen auf das entschiedenste jene Möglichkeit. Den Lebenshunger der Jugend und besonders der Proletarierjugend behütet man nicht dadurch vor Verirrungen, daß man, wie es die reaktionären Jugendretter verlangen, die Schaufenster der Kosmetikkäffe verhängt oder die „unzüchtigen“ Nachbildungen berühmter Meisterwerke von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmen läßt. Herr Richard Nordhausen begeistert

sich im Tag sogar für englische und belgische Zustände, für die seine konservativen Parteifreunde doch sonst absolut nichts übrig haben: „Nach Ansicht der Regierungen und Parlamente in diesen Kulturstaaten haben Halbblütige in Kneipen nichts zu suchen; man verbietet ihnen sogar das Rauchen und andere Genüsse, die bei uns schon der Quartaner und der zwölfjährige Aushilfs-Lausjunge als ihr gutes Recht beanspruchen.“ Als ob nicht nahezu jeder von uns, als in dem hoffnungsvollen Alter zwischen 10 und 14 die reizende Männlichkeit in ihm ihre Spannkraft übte, sich in verwiegener Ecke den „Genuß“ eines Zweifelhäftig-Glimmfängels geleistet hätte! Hierin ein Todsünde zu sehen und nach gesetzlichen Verboten zu schreiben, dazu muß man schon auf die hehren Segnungen der konservativen Weltanschauung schwören, die im Polizeisäbel das einzig wirksame Instrument zur Auflösung aller sozialen Uebel sieht.

Für den, der die Ursachen der sozialen Erscheinungen kennt, gibt es hier nur einen Weg zum Erfolg: Ausrottung der sozialen Uebel mit samt der Wurzel! Das hat auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gewiß seine Schwierigkeiten und ist teilweise auch ganz unmöglich. Aber vieles läßt sich doch durchführen, auch ohne daß die bürgerliche Gesellschaft an ihren Lebensnerv zu rühren braucht. Man schaffe der Arbeiterschaft freie Bahn für politische und wirtschaftliche Betätigung, damit sie ihren Elternpflichten wirklich nachkommen kann, man gehe dem Wohnungselend energisch zuleibe, man fülle die Richter, denen jugendliche „Verbrecher“ vorgeführt werden, mit der Fähigkeit, die sozialen Ursachen der Verfehlungen zu erkennen, und verbessere in diesem Sinne das Gerichtsverfahren. Man Sorge auch für ausreichenden Jugendschutz und geistige Erhebung der Jugendlichen, damit sie selbst den Schund und das leichte Vergnügen vom Guten unterscheiden lernen, man gebe vor allem auch den von der Arbeiterschaft selbst ausgehenden Bildungsbestrebungen freie Entwicklungsmöglichkeit und man wird damit dem Jugendlend zum guten Teil den Boden entziehen. Gerade die freie Jugendbewegung hat im Kampfe gegen Schundliteratur und Kinoschund, gegen Alkohol und Nikotin die besten Erfolge aufzuweisen — wofür sie freilich eine hohe Obrigkeit unter dem Segen sämtlicher Parteien aufs brutalste verfolgt. In Preußen-Deutschland nennt man das mit einem funkelneulernen Namen „Jugendpflege“!

Doch sehen wir einmal von der sozialen Seite des Jugendproblems völlig ab und untersuchen wir, ob denn die Verhältnisse wirklich so schlimm geworden sind, daß man ihnen nur noch mit neuen Gesetzen zuleibe gehen kann. Wir kommen dabei, um es vorweg zu bemerken, zu dem Resultat, daß weder in subjektiver, noch in objektiver Hinsicht ein Grund hierfür vorliegt. Es ist nicht wahr, daß die Jugend heute „unzüchtiger“, schlechter ist, als in früheren Zeiten. Soweit wirklich die Kriminalitätsziffern in diesem Sinne zu sprechen scheinen, so liegt der Grund dafür einmal in den oben erwähnten sozialen Ursachen, die den Jugendlichen schuldlos einer ihm feindlichen Umwelt überlassen, zum andern aber in der Massenproduktion von Gesetzen, die den Staatsbürger auf Schritt und Tritt mit Fallstricken umgeben, und in dem gegen früher bedeutend verschärften Zusammenstoß der Justiz. Uebrigens hat dieses Steigen der Kriminalitätsziffern in den letzten Jahren auch aufgehört und die Kurve befindet sich jetzt in ständigem Abstieg. Im allgemeinen ist seit 1900 die Verhältnisziffer der jugendlichen Verurteilten fast ununterbrochen gefallen. Vor knapp zwei Monaten schrieb der Hamburger Oberlandesgerichtsrat Dr. Nöldcke in der „Vossischen Zeitung“:

Auch die Reichsgesetzgebung beschäftigt sich gegenwärtig mit der Reform des Strafverfahrens gegen Jugendliche. Nach dieser Richtung sind die Ziffern der Kriminalität recht bemerkenswert. Es sind nämlich 1882 30 719 (oder 113,6 auf 100 000 der jugendlichen strafmündigen Zivilbevölkerung) Jugendliche verurteilt worden. 1891 waren es 42 289 (134,1), 1901 49 667 (147,61), 1910 49 689 (129,8). Daraus ergibt sich, daß die Zahl der jugendlichen Verurteilten im letzten Jahrzehnt absolut nicht gestiegen, relativ sogar stark zurückgegangen und 1910 dem niedrigen Ausgangspunkt von 1882 schon wieder näher gekommen ist als dem höchsten Punkt von 1901. Daß an sich die Beteiligung der Jugendlichen am Verbrechen in den 30 Jahren nicht wesentlich gestiegen ist, lehrt die Tatsache, daß, während in den Jahren 1882 bis 1890 durchschnittlich von 100 Verurteilten 9,4 jugendliche Verbrecher waren, sich 1900, 10,4, 1901 10, 1911 aber nur 9,2 von 100 Verurteilten im jugendlichen Alter befanden. Nicht minder erfreulich ist die Feststellung, daß die Beteiligung der Jugendlichen an Sittlichkeitsdelikten zurückgegangen ist. 1884 waren von 100 wegen Unzucht und Nuzucht verurteilten Personen 22,3 jugendliche, 1901 19,5, 1911 18,2.

Als Jugendliche gelten hier die 12—18jährigen. Die Behauptung, mit der unsere Polizeibüchel-Fanatiker so gern haupstieren gehen, daß die „sittliche Verwahrlosung“ der Jugend ständig zunähme, ist also unbegrün-

det. Dagegen darf, wie einmal der in der Jugendgerichtsache sehr bekannte Amtsgerichtsrat Dr. Paul Kühne mit Recht bemerkt, nicht übersehen werden, daß den scheinbar so ungünstigen Emanationen (Ausströmungen) jugendlicher Ethik auch ebenso greifbare erfreuliche gegenüberstehen.

Da ist zunächst ein sehr starker Bildungs- und Wahrheitsdrang auf der Aktivseite zu verzeichnen. Wo immer den unteren Schichten Gelegenheit geboten wird, ihre Bildung und ihr Wissen zu erhöhen, da wird von dieser Möglichkeit der ausgiebigste Gebrauch gemacht. Jugendlische Arbeiter beiderlei Geschlechts, die den Tag in ermüdender Berufsarbeit zugebracht haben, suchen abends ihre Erholung in Unterrichtskursen. Auch der gute Geschmack unserer Arbeiterbevölkerung ist durch alle die öffentlichen Geschmackslosigkeiten nicht ertötet. Als der Verleger vor einem Jahre (1909) den Jugendgerichtshelfern riet, mit ihren Schülern Museumsbesuche zu veranstalten, ist dieser Rat von einem Arbeiter befolgt und mit so großem Erfolge ausgeführt worden, daß er die Scharen der sich Meldenden nicht mehr bewältigen konnte. Und wenn als sicheres Zeichen hohen ethischen Wertes zu gelten hat, daß Pflichterfüllung und das Einsetzen für ideale Ziele höher zu achten sind als das eigene Leben, so haben die Taten unserer jungen Mannschaft in Deutsch-Südwestafrika gezeigt, daß es der Jugend an idealem Sinn und ethischem Werte nicht fehlt.

Dieses Urteil eines Sachverständigen kann den eben erwähnten Unsitlichkeits-Heulmeiern zur besonderen Beachtung empfohlen werden.

Was auf der anderen Seite bei der Unsitlichkeits-schnüffelei herauskommt, dafür hat ja die tragikomische Geschichte von der Beschlagnahme der „unzüchtigen“ Dresdner Galerie-postkarten, die vor wenigen Tagen im sächsischen Landtag zur Sprache kam, einen äußerst blamablen Beweis erbracht. Auf Grund der Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts, des Reichsgerichts, die mit dem Begriff der „relativen Unzüchtigkeit“ arbeitet, hat bekanntlich die Berliner Staatsanwaltschaft Reproduktionen zweier Gemälde von Rubens und Giorgione, die unter der Aufsicht und mit Genehmigung des frommen sächsischen Kultusministers herausgegeben wurden, als unsittlich beschlagnahmen lassen. Dasselbe Schicksal traf auch Karten, die nach Meisterwerken der Berliner Königlichen Galerie angefertigt worden waren. Die sächsische Regierung will nun, wie der Kultusminister Dr. Beck im Landtage mitteilte, im Bundesrat ihren Einfluß dahin geltend machen, daß durch Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse unmöglich gemacht wird. Das kann man begreiflich finden, denn wer bürgt dafür, daß nicht morgen bereits ein von der hohen Verantwortung seines Berufes erfüllter Staatsanwalt nicht auch einmal eine Razzia in den Gemäldegalerien selbst vornimmt, die doch dem Publikum jederzeit zur Besichtigung offenstehen, und die Originale sind wunderbar und man ist niemals sicher, ob sie, die die Seuche der patriotischen Schundliteratur sich ungehemmt ausbreiten läßt, nicht über Nacht das Reusche und Schöne, was je eine Künstlerhand erstehen ließ, als „relativ unzüchtig“ streng verpönt.

Will man dem wirklichen Schmutz und Schund zuleibe gehen, so genügen die bestehenden polizeilichen und richterlichen Befugnisse vollauf. Der Kampf gegen die Schundkinos ist, mit der lebhaftesten Sympathie aller Einsichtigen begleitet, von den Behörden auch schon bisher aufgenommen worden und hat seine Erfolge gezeigt. Soweit aber nicht ein voller Erfolg erzielt werden konnte, war die Kritiklosigkeit und mangelnde Geschmacksbildung des großen Publikums schuld. Hier heißt es mit Auffklärung und guten Beispielen vorangehen, wie das die Bildungsorganisationen der Arbeiterschaft schon seit Jahren getan haben. Geschieht das allgemein und mit den reichen Mitteln des Staates versehen, dann wird man gut und gern auf neue Polizeigesetze verzichten können. Zugleich wäre dies eine „Jugendpflege“, die turmhoch über der Militärspielerei und Hurrafaktor des Jungdeutschlandbundes stände.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kanzlerstürzer an der Arbeit.

Die „schwarzen Tage“ des Reichstages, wie die reaktionäre Presse die letzten Verhandlungen im Reichstage zu nennen beliebt, machen dieser Presse noch viel zu schaffen. Dr. Dertel donnert in der „Deutschen Tageszeitung“: „Die letzten Verhandlungen des Reichstages haben den schließlichen und unbestreitbaren Beweis geliefert, daß die Mehrheit der Volksvertretung mit voller Absicht darauf hinarbeitet, die verfassungsmäßigen Rechte der Krone zu schmälern und an die Stelle der konstitutionellen Regierung die parlamentarische zu setzen. Bisher sind diese Bestrebungen, die auf einen Verfassungsbruch schließlich hinauslaufen, noch nicht so

offenbar hervorgetreten, wie in diesen schwarzen Tagen. Von der Sozialdemokratie war ja nichts anderes zu erwarten. In diesen Tagen hat sich aber in den bürgerlichen Parteien eine Wandlung vollzogen. Die nationalliberale Partei hat hervorgehoben, daß die von ihr mitbeschlossene Mißbilligungserklärung sich nur auf den Punkt beziehe, der bei den Interpellationen behandelt wurde. Wenn aber die formelle Mißbilligung keinen anderen Sinn haben soll, als festzustellen, daß die Mehrheit des Reichstags in irgendeinem Punkte mit dem Reichskanzler nicht einverstanden ist, so hat sie tatsächlich keinen Zweck. Die fortschrittliche Volkspartei ging einen Schritt weiter. Ihr Redner hat kein Hehl daraus gemacht, daß mit der Einführung der Mißbilligungsanträge ein Schritt zum parlamentarischen Staate hin getan worden ist und getan werden sollte. Der zweite Redner der Konservativen im Reichstage hatte recht, wenn er darauf hinwies, daß neuerdings manches wankte, das bisher fest gewesen sei, daß manche Stütze der Monarchie und der Verfassung brüchig geworden zu sein scheine. Bei dieser Entwicklung ist es doppelte Pflicht und unerläßliche Notwendigkeit, die festeste Tragsäule der Monarchie und der Ordnung, das Heer, kraftvoll und geschlossen zu erhalten. In den hinter uns liegenden schwarzen Tagen ist das Bestreben augensichtlich zutage getreten, das Heer zu demokratisieren und schließlich unter die Herrschaft des Volkswillens und der Volksvertretung zu zwingen. Das würde der Anfang vom Ende sein. Wer darauf hinarbeitet, das Heer zu demokratisieren, die Befehlsgewalt des obersten Kriegsherrn zu schwächen, der verstoßt gegen die Verfassung. Hätte die Reichsregierung dem Antrage auf Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Rüstungsleistungen sofort Widerstand entgegengelegt, so wäre sie nicht genötigt gewesen, gestern die sozialdemokratische Interpellation zu beantworten. Es wird der Regierung, wenn sie sich nicht weiter auf der schiefen Ebene hinabgleiten oder sich hincschließen lassen will, nichts anderes übrig bleiben, als mit aller Unbeugsamkeit, mit aller Entschiedenheit den Standpunkt zu vertreten, daß eine zugestandenermaßen antimonarchische Partei keinen Anspruch hat, als gleichberechtigt behandelt zu werden. Wer sich zum Republikanismus bekennt, der stellt sich außerhalb der Verfassung. Das ist so klar, so folgerichtig, wie nur möglich. Und dieser Standpunkt ist durchaus verfassungsmäßig. Nimmt ihn die Regierung künftig ein, dann werden auch diese schwarzen Tage ihre guten Folgen haben; wenn nicht, dann gleiten wir weiter in die Tiefe und ins Dunkel hinein.

In der freikonservativen „Post“ wird der Reichskanzler vom Freiherrn v. Zedlitz wie folgt abgeschlachtet: „Daß der Herr Reichskanzler durch die Verhandlungen im Reichstage über den Fall Zabern an Ansehen nicht gewonnen hat, wird bedauerlicherweise kaum zu bestreiten sein, nicht wegen des Mißbilligungsbeschlusses des Reichstages vom 4. des Monats, sondern durch die nahezu unverständliche Art, wie er die Sache der Regierung und seine eigene geführt hat. Daß sich zu jenem Mißbilligungsvotum eine so starke und so verschiedene zusammengesetzte Mehrheit vereinigt, ist in der Hauptsache der Rede des Reichskanzlers vom 3. Dezember zuzuschreiben. Sie vor allem war die Quelle der „Mißverständnisse“, auf welche der Reichskanzler den Beschluß des Reichstages vom 4. Dezember zurückführte. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Reichskanzler dem psychologischen Momente in der Behandlung des Reichstages mehr, als gut ist, verständnislos gegenübersteht. Um so bedauerlicher erscheint es, daß ihm nicht ein in dieser Hinsicht so ausgezeichnete Berater zur Seite steht wie dem Fürsten Bülow in der Person des Herrn von Loebell. Die patriotischen Sorgen, welche die Leitung unserer Reichs- und Staatspolitik ohnehin hervorzurufen nur zu geeignet ist, sind daher durch die Vertreibung dieser Politik in Sachen Zabern wenigstens nicht vermindert worden.“

Die blamierten Zentrumswähler.

Bei den badiischen Landtagswahlen wurden die nationalliberalen Abgg. Bitter, Krauth und Niederbühl schon im ersten Wahlgang mit Zentrumshilfe gewählt, weil sie sich als Großblodgegner bekannten. Nachdem sie es aber bei der Präsidentenwahl ablehnten, dem Zentrum den 1. Präsidenten zu geben, nachdem sie sogar den Sozialdemokraten Geiß zum 1. Vizepräsidenten wählten, ist die badiische Zentrumsprelle oder des Erfolges der Wades-Liste arg enttäuscht. So schreibt die „Radolfzeller Freie Stimme“: „In Zukunft darf von Zentrumswählern nicht mehr ein nationalliberaler „Großblodgegner“ unterstützt werden, von dem man nicht ganz andere Garantien bezüglich seiner Ueberzeugungstreue hat, als bei Niederbühl und Genossen.“ — Und resigniert bekennen die kühnsten Zentrumswähler, die den Sozialisten- und Großblodgegner Niederbühl auf Geheiß Wades wählen mußten: „Man lernt eben nie aus. Das Verhalten Niederbühls bei der Präsidentenwahl werden wir nicht so leicht und nicht so schnell wieder vergessen.“ — Zum Schaden haben die von borniertem Sozialisten- und Großblodhag besetzten Zentrumswähler den Spott, und der ist reichlich verdient.

Der Generalpardon für die Steuerginterzieher.

Der preussische Finanzminister gibt im „Reichsanzeiger“ über die Auslegung des § 68 des Gesetzes über den Wehrbeitrag folgendes bekannt:

„Unter Beitragspflichtiger im Sinne der angeführten Vorschrift ist jeder zu verstehen, der zu den in den §§ 10 und 11 des Gesetzes angeführten Personen gehört. Die Wohlthat des § 68 ist also jeder physischen oder nicht-physischen Person zuzubilligen, die die Voraussetzung der subjektiven Beitragspflicht erfüllt, ohne Rücksicht darauf, ob sie überhaupt beitragspflichtiges Vermögen oder Einkommen besitzt, ob sie verpflichtet ist, eine Vermögenserklärung abzugeben, oder ob sie tatsächlich zu einem Wehrbeitrag verpflichtet wird.“

Die Begünstigung hat auch hinsichtlich der Steuerginterziehungen eines Verstorbenen Anwendung zu finden, wenn der überlebende Ehegatte oder andere Erben im Rahmen und nach Maßgabe des § 68 die früheren Angaben über Vermögen und Einkommen des Verstorbenen bekräftigen. In der Beitragspflichtigen nach dem 31. Dezember 1913, aber vor Abgabe der Vermögens-

erklärung gestorben, so kann die berichtende Angabe mit der Wirkung der Befreiung von der Nachsteuer auch den im § 18 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats bezeichneten Personen gemacht werden.

Die Freiheit von Strafe und von der Verpflichtung zur Nachzahlung von Steuer tritt ein, wenn die Berichtigung in der Zeit seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, also dem 25. Juli 1913, bis zum Abschluß der Wehrbeitragsliste erfolgt. Auch ist diese Befreiung nicht davon abhängig, daß der Beitragspflichtige erklärt, er habe sein Vermögen oder Einkommen früher zu niedrig angegeben; sie tritt vielmehr lediglich auf Grund der Tatsache ein, daß er nunmehr richtig deklariert hat.“

Wer also bis jetzt den Staat um Zehntausende an hinterzogener Steuer betrogen hat, zahlt jetzt den auf ihn entfallenden Wehrbeitrag, er ist damit die Sorge vor Bestrafung los und hat schließlich noch ein glänzendes Geschäft gemacht. Sein Wehrbeitrag gilt gleichzeitig als ein „patriotisches Opfer“.

Die neueste Pflöchlichkeit.

Der Kronprinz ist ganz plötzlich vom Kommando der Leibhujaren entbunden und in den Großen Generalstab versetzt worden. Daß es sich um eine Pflöchlichkeit handelt, geht daraus hervor, daß die vom Kronprinzen bewohnte Villa in Langsuhz erst kürzlich vom Hofmarschallamt noch weiter bis zum Herbst 1914 gemietet worden ist. Liberale Blätter behaupten, daß man den Kronprinzen in eine andere Umgebung bringen wollte. — Mit dieser Versetzung des Kronprinzen ist auch eine andere Frage gelöst worden, nämlich die Wohnungsfrage für den Armeekorpsinspektor v. Brittwitz und Gaffron. Diese Armeekorpsinspektion ist eine der neuen Stellen, die die Militärverwaltung gebracht hat. Für diesen neuen Armeekorpsinspektor war ein hohes Wohnungsgeld gefordert worden, weil es angeblich sehr schwer sei, in Danzig eine geeignete Wohnung zu finden. Der Reichstag hat diese Forderung erheblich reduziert und nun ersieht man, daß der neue Armeekorpsinspektor die vom Kronprinzen innegehabte Villa bezieht. Der General hat also jetzt eine geeignete Wohnung und der Kronprinz ist vermutlich nicht etwa deshalb so plötzlich versetzt worden, um für den Armeekorpsinspektor eine passende Wohnung frei zu bekommen.

Der Sündenbock.

Im Reichskanzlerpalais kriselt es. Wie verlautet, soll der Gehilfe des Reichskanzlers, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, als Sündenbock in Pension geschickt werden. Herr Wahnschaffe ist es gewesen, der den Vertreter der bürgerlichen Parteien erzählt hat, daß der Reichskanzler bei seiner ersten Rede körperlich indisponiert war und deshalb ganz vergessen hatte, dem Reichstag von den Maßnahmen Kenntnis zu geben, die zur Beilegung des Zaberner Konfliktes angeblich getroffen waren. Mit diesem Versuch, den Kanzler zu entschuldigen, hatte der Unterstaatssekretär seinem Chef einen schlechten Dienst erwiesen, denn die dem Reichskanzler angebotene Vergesslichkeit war doch etwas zu starker Tabak. Die konservative Presse betonte damals sofort, daß dem Reichskanzler ein Sachwalter fehle, wie ihn der Fürst Bülow in der Person des in allen Sätzen gerechten Herrn v. Loebell hatte. Möglich, daß Herr Wahnschaffe geht, aber mit diesem Opfer kann sich das deutsche Volk nicht zufrieden geben, denn Herr Wahnschaffe war höchstens ein ungehinderter Handlanger — das kann aber seinen Chef nicht entlasten und der scheint vorläufig keinerlei Anstalten zu treffen, sich in den „wohlverdienten Ruhestand“ zurückzuziehen.

Der Segen der Landesväter.

Die Braunschweiger, die nun seit 2 Monaten endlich wieder einen Landesvater haben, bekommen jetzt den Segen solcher Einrichtung zu spüren. Nicht etwa in Reformen, die Braunschweig auch so dringend notwendig wären, nicht in einem Ausbau der Verfassung, der dem entrechteten Volke endlich einen Anteil an der Gesetzgebung sicherte — o nein: diese Art Tätigkeit lieben die Landesväter nicht! Der neue Herzog Ernst August weiß, was er seinem Schwiegervater schuldig ist. Sein erstes Regierungsbekret verfügt eine Landesfeier zu Ehren eines Cumberlanders, der vor 160 Jahren von Volksgnaden wieder Besitz vom Lande Braunschweig nahm. Hören wir den welterschütternden Erlaß:

„Am 22. Dezember wird ein Jahrhundert verfloßen sein, seit Herzog Friedrich-Wilhelm, der väterliche Held, unter dem Jubel seines Volkes in seine von der Fremdherrschaft befreiten angestammten Lande zurückkehrte. Es liegt mir am Herzen, daß dieses bedeutungsvolle Ereignis in den kommenden Tagen zur gebührenden Würdigung gelangt. Ich wünsche daher, daß des 22. Dezember 1813 einerseits in den sonntäglichen Gottesdiensten am Tage zuvor und andererseits in den Schulen des Herzogtums unmittelbar vor Beginn der Weihnachtstagen in angemessener Weise gedacht wird.“

Nun soll noch jemand kommen und sagen, daß es nicht höchste Zeit war, daß die Braunschweiger wieder mit einem Herzog beglückt wurden!

Handelskammer- und Kontorleutnant.

Die in Essen vereinigten rheinisch-westfälischen Handelskammern machen spezielle Vorschläge, wie Offizieren die Unterkunft in Industrie und Handel zu erleichtern sei. Es schlägen vor, daß die im Kriegsministerium eingerichtete Austauschstelle für Offiziersversorgung den beteiligten Kreisen im Lande periodenweise eine Liste zusendet, in der angegeben ist, welche Herren, welcher Charge und welchen Alters den Wunsch haben, sich in einer Stellung in der Industrie oder Handel zu betätigen. Da eine Uebersendung der Liste an Einzelunternehmer nicht tunlich erscheint, wird vorgeschlagen, sich zur Weiterverbreitung der Liste der Handelskammern und der Städte zu bedienen.

Aus Sübek und Nachbargebieten.

Donnerstag, 16. Dezember.

Die Bürgerchaft nahm in ihrer geistigen Sitzung zunächst einige Kommissionen wählen vor. In die Kommission, welche die Revision der Friedhofs- und Be-

gräbnisordnung vorzunehmen hat, wurde Genosse Stelling gewählt; bei zwei weiteren Kommissionen erhielt die sozialdemokratische Fraktion keinen Vertreter, sondern nur je einen Stellvertreter. Das ist echt sübischer Geldsackparlamentarismus!

Dann wurde in nicht öffentlicher Sitzung der Vertrag mit den Berliner Argo-Werken betr. die Errichtung einer Flugzeugwerft auf dem Privatbesitz beraten. Eine Reihe von Nachbewilligungen, die vom Senat beantragt wurden, u. a. auch 18 432,08 Mk. für Ehrenausgaben des Senates, fanden die Mitgenehmigung. Bei dieser Gelegenheit wurde aus der Mitte der Bürgerchaft mit Recht scharf kritisiert, daß sich einzelne Behörden das Recht anmaßen, ohne die Bewilligung der Bürgerchaft größere Anschaffungen aus Ersparnissen zu machen, die sie bei anderen im Etat eingestellten Positionen erzielen. Auf solche Weise wird tatsächlich das Budgetrecht der Bürgerchaft illusorisch gemacht; daran ändern die wenig überzeugenden Äußerungen, die vom Senatstisch zu der Sache gegeben wurden, absolut nichts. Bei der Budgetberatung soll die Angelegenheit noch einmal gründlich erörtert werden. Das ist auch sehr notwendig.

Beim Senatsantrag betr. die Bewilligung von 48 000 Mark für die Beschaffung eines vierten Kanalschleppdampfers brachte Genosse Stelling die Mißstände zur Sprache, die sich durch die polizeilichen Absper-rungsmaßregeln bei den Holzlagern an der Trave unterhalb der Struckfähr für zahlreiche Arbeiter ergeben haben und ersuchte um schleunige Abstellung derselben. Diese Ausführungen wurden von Kröger und Klein unterstützt resp. ergänzt. Hoffentlich erfolgt bald die geforderte dringend zu wünschende Abhilfe. Weiter wurde bei dieser Gelegenheit angeregt, in den neuen Schleppdampfer eine Dampfspirde einzubauen.

Die Senatsvorlage betr. Aufhebung der Wegegemeinden Gneversdorf, Siems und Genin bot verschiedenen Bürgerchaftsmitgliedern Veranlassung, ihrerseits mit Vorschlägen auf Verbesserung von Straßen sowie auf Übernahme von Landwegen, die von Gemeinden zu unterhalten sind, auf den Staat hervorzutreten. Bei der vom Senat beantragten Versetzung der Stellen der technischen Sekretäre der Baudeputation in eine höhere Gehaltsklasse ersuchte Genosse Henze darum, daß den neuingetretenen Bürgerchaftsmitgliedern der Beamtenbesoldungsetat zugestimmt werde. Genosse Stelling trat dafür ein, daß die den Zollbeamten bewilligte Gehaltsnachzahlung baldmöglichst zur Auszahlung gelangt.

Um 10^{1/2} Uhr konnte die Bürgerchaftsversammlung geschlossen werden, nachdem die Beratung über den Kommissionsbericht betr. die Heranziehung von Privatarchitekten zu Staatsbauten von der Tagesordnung abgesetzt worden war.

Etwas ganz Neues scheint dem Lübecker Amtsblatt die Tatsache zu sein, daß es auch wohlhabende Leute gibt, die Sozialdemokraten sind. Nur so ist es zu verstehen, daß das nationalliberale Organ es für notwendig erachtet, seinen Lesern mitzuteilen, daß ein führender Parteigenosse im Thüringischen, ein Tischlermeister, eine Jagd pachten wollte. „Ja, ja. Tags über schießt der Herr Tischlermeister seine teuren Böcke und abends jammert er in den roten Volksversammlungen über die Verelendung der Massen“, so lautet die geistvolle Bemerkung, die an die Meldung geknüpft wird. Das klingt natürlich in den Ohren derjenigen, die meinen, allein das Recht zum Böcke schießen zu haben, sicherlich sehr wichtig; leider ändert es nichts an der Tatsache, daß große Volksmassen im Glend leben und daß der „Herr Tischlermeister“ recht hat, wenn er in Versammlungen solches konstatiert. Von einer geistigen Verelendung der bürgerlichen Presse und ihrer Unternehmer zeugt es aber, daß solche Notizen in den Spalten der „Lübeckischen Anzeigen“ aufgetischt werden können.

Gesamtübersicht über die Stadt Lübeck für die Monate Juli, August, September 1913. (Die eingekl. Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres.) Der Flußschiffverkehr auf der Ober- und Untertrave, der Wakenitz und dem Elbe-Trave-Kanal stellte sich für den Hafenplatz Lübeck und die übrigen Plätze an der Trave im Eingang auf 989 (916) Schiffe, die 142 710 (137 777) Tonnen Güter löschten, und im Ausgang auf 1020 (939) Schiffe, die 147 484 (97 470) Tonnen Güter mitnahmen. Auch hier ist demnach in Zahl und Gewicht ein erfreulicher Aufschwung zu verzeichnen. Im Schlachthof wurden 19 641 (18 114) Tiere geschlachtet, d. h. 1527 mehr als im Vorjahre, darunter 8479 (8268) Schweine, 6102 (4695) Rühne und Starke und 1953 (2146) Schafe. Auf dem Viehmarkt wurden 9508 (8630) Stück, also 878 mehr als 1912 aufgetrieben, darunter 4586 (3404) Rühne und Starke und 3462 (3283) Schweine. Der Auftrieb in der neuen Kuhviehhalle stellte sich auf insgesamt 6551 Stück Rindvieh. Ueber die Lebensmittelpreise ist folgendes zu bemerken: Die Großbezugspreise für 100 Kgr. Schlachtgewicht betragen für Rinder im September bezw. Juli 146 bis 158 Mk. bezw. 156 bis 180 Mk., für Mastkälber 180 bis 206 Mk. bezw. 170 bis 210 Mk., für nächsteren Kälber 100 Mk., für Hammel 170 bis 180 Mk. bezw. 180 bis 210 Mk. und für Schweine 143 bis 150 Mk. bezw. 122 bis 152 Mk. Die häufigsten Kleinhandelspreise stellten sich in denselben Monaten für ½ Kgr. beim Rindfleisch von der Keule auf 1,10 bis 1,40 Mk. bezw. 1, bis 1,40 Mk., vom Bauch auf 0,75 bis 0,90 Mk. bezw. 0,70 bis 0,90 Mk., bei Schweinefleisch von der Keule auf 0,90 bis 1,05 Mk. bezw. 0,90 bis 1, — Mk., vom Bauch auf 0,80 bis 0,90 bezw. 0,80 bis 0,95 Mk., bei geräucherter Speck auf 1, — bis 1,15 Mk., bei heiligem Schweinefleisch auf 0,80 bis 1,10 Mk., bei Eßbutter (Weierbutter) auf 1,35 bis 1,55 Mk. bezw. 1,20 bis 1,35 Mk. bei Landbutter auf 1,20 bis 1,35 Mk. bezw. 1,10 bis 1,30 Mk., bei frischen Landeieren auf 8,5 bis 11 Pfg. bezw. 7,5 bis 9 Pfg. für das Stück, bei Schwarzbrot auf 10 bis 14 Pfg. bezw. 10 bis 13 Pfg. und bei Feinbrot auf 15 bis 19 Pfg. für ½ Kgr., bei Kaffee auf 1,40 Mk. bis 1,60 Mk. bezw. 1,30 bis 1,60 Mk., bei Margarine auf 0,60 bis 1, — Mk., bei Kartoffeln (Magnum bonum) für 5 Kgr. auf 35 bis 60 Pfg. bezw. 40 bis 100 Pfg., für lebende Dorsch für ½ Kgr. auf 40 bis 45 Pfg., für frische Dorsche auf 40 bis 50 Pfg. bezw. 35 bis 50 Pfg., für Butt auf 30 bis 50 Pfg. bezw. 35 bis 50 Pfg., für westfälischen Hartkaffee bei 100 Kgr. auf 3,70 bezw. 3,30 bis 3,40 Mk. und für Lübecker Gastkaffee bei 2 Hftl. auf 3,20 bezw. 2,90 bis 3, — Mk.

Anmeldungen zum Gewerbebetriebe fanden 153 (184) statt. Unter den Anmeldenden waren 73 (72) Händler aller Art, 14 (16) Gast- und Schankwirte und 13 (18) Schneider und Schneiderinnen.

Die Zahl der unter Gewerbeaufsicht stehenden Betriebe (Fabriken, Werkstätten mit Motorbetrieb und Bauhöfe) belief sich am 1. Juli auf 486 (500) und die der von ihnen beschäftigten Arbeiter auf 11 486 (11 037), darunter 2275 (2324) weibliche. Die Zunahme der Arbeiter gegen das Vorjahr ist nur gering; die ungünstigen Zeitverhältnisse machen sich hier deutlich bemerkbar.

Die wichtigeren Krankenkassen wiesen am 1. September 27 120 (23 945) versicherungspflichtige Mitglieder auf, darunter 6904 (5575) weibliche. Die Zahl der am 1. September erwerbsunfähig krank Gemeldeten belief sich auf 728 (604), darunter 236 (214) weibliche. Die Arbeitsnachweise, die dem Reichs-Arbeitsblatt monatlich Bericht erstatten, vermittelten 1355 (1653) Arbeitsstellen, darunter 322 (322) an weibliche Personen. Arbeitsgesuche lagen nicht weniger als 3535 (2886) vor, offene Stellen waren dagegen nur 1653 (2078) vorhanden.

Aus der geschlossenen Armenpflege und der Fürsorge für Obdachlose ist zu melden, daß im Stiechenhaus 72 (74), im Armen-Arbeitshaus 73 (74) und in dessen Krankenstation 105 (101) verpflegt wurden und daß im Asyl für Obdachlose 171 (124) Familien und 838 (376) Wanderrnde Aufnahme fanden, während im Polizeiasyl 749 (462) Personen übernachteten. Auch diese Zahlen zeigen meist deutlich, daß die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkte zurzeit keine günstigen sind. Im freiwilligen Arbeitshaus endlich haben 28 (31) Personen gearbeitet.

Die öffentliche Bücher- und Lesehalle ließ 29 341 Bände aus, das sind 1603 weniger als im Vorjahre. Ebenso blieb die Zahl der Besucher der Lesehalle, 19 312, und 361 gegen 1912 zurück. Das Sommertheater wurde in 75 Vorstellungen von 55 780 Personen besucht. Im Stadttheater wurden im September 7154 (7378) Besucher gezählt. Die Zahl der in den staatlichen Heilanstalten verpflegten Kranken belief sich Ende September im Allgemeinen in einem Krankenhaus auf 265 (236) und in der Heilanstalt Strecknitz auf 397 (302). Die Zahl der Verpflegungstage während des ganzen Quartals betrug 24 947 (22 305) bzw. 28 485 (27 763). Ungezügliche Krankheiten wurden 316 (95), also ganz erheblich mehr als im Vorjahr, gemeldet, von denen 13 (4) einen tödlichen Verlauf nahmen. Scharlach kam 116 (47), Masern 114 (1) und Diphtherie 75 (36) mal vor. Berühmte Personen haben 297 (357) stattgefunden, Feuerbestattungen sind 21 (19) erfolgt.

In den Warmbadeanstalten wurden 14 060 (14 154) Bäder verabfolgt. Die Flußbadeanstalten wurden von 253 802 Personen, das sind 44 464 weniger als im Vorjahre besucht. Die Zahl der Kurgäste in Travemünde belief sich auf 9894 (8103); die Steigerung um 1791 gegen 1912 ist als eine erhebliche zu bezeichnen.

In Steuern und Abgaben endlich wurden 1 800 494 (1 680 459) Mk. oder 120 035 Mk. mehr als im Vorjahre vereinnahmt. Die Einkommensteuer brachte, in der Hauptsache wegen des um 8 Prozent höheren Zuschlages, fast 110 000 Mk. mehr als 1912 ein, außerdem wiesen die Erbschaftsteuer und die Schiffsabgaben erheblich höhere Erträge auf. Wesentlich weniger als im Vorjahre warfen dagegen die Veräußerungs- und die Stempelabgaben ab.

Der Winter klopft. In melancholisch-fröhlichen Leuchten liegt der Wald. Die Wiesen träumen sich in Duft und Bergeisen. Wie eine geheime Zwiegespräch ist es draußen in der Dämmerung, von der Frühe bis zum Abend. Wie eine Zwiegespräch zwischen Sonne und Flur, zwischen den silberhellen Birken und den dunkelverträumenden Tannen. Und im Gehölz drinnen knarrt's und raschelt's, die Raben scheuchen vom Waldrand zu den Feldern, hin und zurück. Geht der Herbst, kommt der Winter . . .

Aber raschest da nicht auch der Sommer auf allen Wegen, unter jedem Tritte. Schreitet nicht alles, noch einmal alles über den längst vergangenen, verflatterten Lenz. Leuchtet nicht aus allen Farben des scheidenden Herbstes noch einmal der Sommer entgegen aus grünbeleuchteten Stoppelfeldern, aus den schlafschweren Scheunen? Blickt da nicht noch einmal der tollkühngetrübte Frühling durch die herblich lächelnden Abschiedsgrün ein Wiedersehen . . .

Es raschelt auf den Wegen, flüstert im Busch, es klopft im Holze. Der Winter klopft an.

Am Wegrand reckt ein gebeugtes Mütterlein ihre zitternden Hände in die fackelbesetzten Zweige der Rosen- und Dreißborndornen; in die beerenbeladenen Holunder- und Wacholdersträucher und pflückt einen duftenden, lebensgründenden Strauß für die Wochen des Träumens, für die Tage des Zurückerzählens in die Zeit, da der Glieder und der Wein und die Rosen blühten. Einen treuen, bleibenden Strauß vom scheidenden Herbst. Denn der Winter ist lang. Und wenn er anklopft, erschrecken die Hasen und Krähen, die Blumen im Garten und auf den Wiesen, es erschrecken auch die armen Leute und alle die stöhnen in sich, so wie es stöhnt im knackenden Holze . . .

Da hört sich an beim Anklopfen und Hereinrufen, als klinge eine helle, harte Stimme: Rüstet euch! Es scheidet der Herbst, der Winter klopft an.

Hört ihr nicht, wie er übers dürre Laub schlurrt und durch die knackenden Äste jagt. Hört ihr, wie der Sturm ruft an den Hütten und Heden vorbei. Rüstet euch, der Winter kommt.

Wie ein melancholisch-fröhliches Leuchten liegt der Wald bei den träumenden Wiesen. Unter den Tritten raschelt der gestorbene Frühling. Am Wege reckt ein gebücktes Mütterlein mit zitternden Händen in die korallenbezügten Heden um einen Herbstesstrauß . . .

Einen lebensgründenden Strauß für die Tage des Zukünftträumens in die Tage, da die Rosen und der Wein und der Glieder blühten . . .

Der Lübecker Dampfer „Narvit“ ein Opfer des Sturmes! Das in den letzten Tagen herrschende Unwetter hat leider auch ein großes in Lübeck beheimatetes Schiff vernichtet. Der Dampfer *Narvit*, der Firma L. Possehl u. Co. hier gehörig, verließ am Sonntag vormittag den Emdener Hafen, um nach Lübeck zu steuern. Diese Reise sollte er leider nicht zu Ende machen, der schwere Sturm wurde ihm zum Verderben. Am Montag früh wurde in der Nordsee der Leutnant von Ravensberg, der das Schiff aus dem Hafen steuerte, als Leiche treibend und mit einem Rettungsgürtel versehen, vom Dampfer „Rheinland“ aufgelesen. Bei der Anselegungsstelle Subertsgat in die Westsee liegt ein eisernes Schiff Kieloben, von dem man annimmt, daß es der Dampfer „Narvit“ ist, da nicht allzuweit davon ein Boot mit der Aufschrift „Narvit“ trieb, in dem die Leiche eines Matrosen lag. Von dem Schicksal der Mannschaft, zirka 30 Mann, ist noch nichts bekannt. Wir erkundigten uns heute mittag bei der Firma Possehl und erbaten die Liste der Schiffsbesatzung um unnötige Befürchtungen bei Anghörigen zu vermeiden. Leider wurde uns diese verweigert. Wir erhielten lediglich die Mitteilung, daß außer dem Toten noch die Leiche des ersten Maschinisten *Mesow* aus Lübeck aufgefunden wurde und daß der Kapitän nicht Stieg, sondern *Hollwedel* heißt. Weil bisher nicht mehr Leichen aufgefunden worden sind, hofft die Firma, die

nach den genauen Bericht von ihrem Emdener Vertreter abwartet, daß die Besatzung oder wenigstens ein Teil derselben von einem anderen Schiff aufgenommen worden ist. „Narvit“ ist eines der größten Lübecker Rauffahrtschiffe. Es wurde für die Erzfahrt von Narvit speziell von der Germania-Werft in Kiel im Jahre 1905 erbaut und machte am 4. August 1905 seine erste Fahrt nach Travemünde. Die Ladefähigkeit des Schiffes betrug 6250 Tons, die Größe 104,62 Meter.

b. Schöffengericht am 16. Dezember. Ein Lieberliches Kleeblatt. Drei grüne Jungen mit großer Frechheit und wenig Arbeitslust sitzen heute zum zweitenmal auf der Anklagebank, nachdem sie vor Jahresfrist ganz ansehnliche Denkfzettel wegen Schwindeln und Diebstahls erhalten hatten. Man erinnert sich noch, daß ein vierzehnjähriger Kellnerlehrling *E. R.* mit seinem Bruder und einem weiteren Sperrzel nach Berlin reiste, um im großen Strom unterzutauchen. Mittel hatten die Herren dazu, denn der Kellnerstift hatte einen Geldbrief mit etwa 2000 Mk. Inhalt, den er besorgen sollte, auf Anraten des älteren Bruders in seine Tasche verschwinden lassen. In Berlin wurden die Burschen bald uneinig, als der letzte Tausender auf der Deutschen Bank gewechselt und verteilt worden war. *E. R.*, der kleinste und frechste, bekam damals für das Wechseln zehn Mark mehr. Nachdem das Geld verjubelt war und die gefasteten Revolver in höchster Not doch nicht angewandt wurden, kam einer nach dem andern reumütig zu Rütteln zurück, die den Schaden größtenteils wieder ersetzt hatte. Es gab für den Kellnerlehrling damals 9 Monate Gefängnis, der Bruder, der Kaufmannslehrling *U.*, bekam 10 Monate und ein Schriftsetzerlehrling 4 Monate. Dem letzteren wurde bedingter Straußauschub gewährt. Kaum haben die Burschen das Gefängnis verlassen, wissen sie nichts Besseres zu tun, als die sauer ersparten Kopfgeldner ihrer Mutter wieder zu verpulvern. Der 15jährige gewesene Kellnerlehrling öffnete den Koffer seiner Mutter, holte das darin verborgene Sparkassenbuch, das etwas über 1200 Mk. enthielt, heraus und hob 120 Mk. auf der Sparkasse ab. Aus Freude über den ersten gelungenen Streich gab er seinem früheren Reisekollegen eine Reichsmark zu Bier. Beim Einkauf eines Gummimantels begegnete ihm zufällig sein 17jähriger Bruder, dem er 80 Mk. überreichte, die dieser in derselben Nacht bei Wein, Weiß und Gelb auf der Kopf haute. Einmal an dem schönen Golde Gefallen gefunden, trieb es den Grünling, den die längere Freiheitsstrafe jedenfalls nicht gebessert hat, zu weiteren Taten. Er machte jeden Tages seinem Freunde und ehemaligen Gutenbergsjüngling plausibel, daß er für seine Mutter 250 Mk. abheben müsse, wolle jedoch gleich für sich eine ebensolche Summe einkauffen. Er habe die Erlaubnis dazu. Wenn der andere ihm helfen wolle, bekomme er 10 Prozent des Geldes ab. Für einen kostungslosen Lehrling ein gutes Geschäft, das glatt erledigt wurde. Nun war es Zeit, zu verduften. Flug ging's zum Bahnhof, um ein Biletz zweiter Klasse nach Hamburg zu erwerben. Das erste Ziel aller jugendlichen Lübecker Strauchdiebe. Vorher war das Sparkassenbuch per Post an die Mutter gesandt worden. Der Bruder hatte längst die Absicht, mit einem andern „Herrn“ nach Berlin zu fahren. Er wollte die Chauffeurschule besuchen und hatte zu diesem Zweck von seiner Mutter 200 Mk. erhalten, diese jedoch vor seiner Abreise verjubelt. Nun sich die Gelegenheit bot, Mittel dazu zu erhalten, besorgte er den Rat des Schriftsetzerlehrlings. Er wollte dann von Berlin aus schreiben und die ganze Schuld auf sich nehmen. Sie gingen zur Post, forderten, daß der Brief mit dem Sparkassenbuch durch Einboten befördert werde und erkundigten sich, wann er eintröffe. Dann gingen sie in die Wohnung, nahmen eine halbe Stunde später das Buch in Empfang und wollten wiederholt 500 Mk. abheben. Wieder war der gemeinsame Freund der Gebrüder *R.* derjenige, der die Sache sammelte und das Geld einkauffen wollte. Sofort abzugehige 100 Mk. sollte der Lohn dafür sein. Der Kassenbeamte schöpfe Verdacht, weil innerhalb dreier Tage dreimal Beträge abgehoben werden sollten. Er verlangte das persönliche Erscheinen der Mutter. Nun war's Eilig. Während der Kleinsten beim Aussteigen in Hamburg gleich von der Kriminalpolizei in Empfang genommen wurde, versuchte sich dessen Bruder im Hausflur der Wohnung seiner Mutter zu erschleichen. Denn Revolver hatten sich alle drei gleich wieder gekauft, wie vor der Berliner Reise. Er versuchte das Ziel und war nach dreiwöchiger Krankenhausbehandlung wieder kuriert. Die drei Angeklagten machen allerhand Winkelzüge, hauptsächlich stellt der Schriftsetzerlehrling *S.*, der sich in der Zwischenzeit auch im Kaufmannsbetrieb versucht, die Geschichte ungeschicklicher hin. Er will überhaupt schuldlos sein und im guten Glauben gehandelt haben. Mit kühler Gelassenheit gibt der 15jährige *E. R.* den Sachverhalt wieder, genau so, wie bei der früheren Anklage, hört gleichgültig die Anklagerede an und verzicht keine Wimper bei Verurteilung des Urteils, das auf 1 Jahr Gefängnis, abzüglich 14 Tage Unterzuchungshaft lautet. *U. R.* erhält 7 Monate und *S.* wegen Begünstigung in zwei Fällen 8 Monate. Gegen ihn wird ein Haftbefehl erlassen. Er wird trotz Einspruchs sofort festgenommen. Nun ist natürlich auch die früher erkannte Strafe fällig. So endet das Treiben dreier unverantwortlich leichtsinniger Burschen, die den Eltern nurummer und Sorgen bereiteten.

mh. Die Kunst des Renaissance-Zeitalters in Deutschland. 2. Zyklus im Vortragswesen der Oberschulbehörde. 10. Abend. Herr Dr. Schäfer beendete seine Vortragsreihe, indem er die architektonische Kunst der Hochrenaissance behandelte. Es ist erforderlich, daß man bei diesem Thema die geschichtlichen Momente in Betracht zieht. Der Charakter des 16. Jahrhunderts gestaltete sich wesentlich anders als der des 15. Jahrhunderts. Im ganzen Mittelalter stand die Architektur unter den drei Künsten an die Spitze. Ueberall entstanden im 14. und 15. Jahrhundert Bauwerke in reicher Zahl, so daß im 16. Jahrhundert solche im Ueberfluß vorhanden waren. Des Architekten hartete zu dieser Zeit insolge dessen keine großen Aufgaben. Er mußte sich darauf beschränken, seinen Sinn in dekorativem Spiel und Ornamentformen anzulegen. Er errichtete Säulen, Portale und allerlei Verzierungen der Vorderfront des Hauses. Namentlich in Süddeutschland fand sich eine reiche plastische Ausbildung, während Norddeutschland nur einfache Ziegelbauten aufzuweisen hatte, da dort der Leichter zu verarbeitende Kalkstein fehlte. Im allgemeinen herrschte rechte Freude am Kunsthandwerk aller Art, dem aber durch den längsten mit Feuer und Schwert geführten (die Religion in ihrem wahren Lichte erscheinen lassenden) Glaubenskrieg ein jähes Ende bereitet wurde. Auch nach demselben blieb die Kunst des deutschen Bürgertums noch lange Zeit ausgeschaltet. Der französische Hof und der Jesuitenstil waren nun in Deutschland tonangebend und der deutsche Handwerker spielte nicht mehr die Rolle des Schaffenden, sondern nur noch die des Ausführenden. Zum Schluß zogen vor den Augen des Zuhörers zahlreiche Lichtbilder vorüber, die u. a. nach Bremen, Nürnberg, Köln und dem Hebelberger Schloß führten.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 13. ds. Mts. zwischen 1 und 8 Uhr nachmittags ist vom Flur eines an der Sandstraße belegenen Hauses ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen und Saugblechen, und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 2859 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. An dem Rade befand sich eine Laterne mit einem Stearinlicht. — Am 13. ds. Mts., gegen 12 1/2 Uhr nachmittags, ist vom Flur eines an der

Breitenstraße belegenen Hauses ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, gelben Felgen mit schwarzen Streifen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittsbremse, rotbraunem Sattel und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 11 731 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Sonnabend, dem 20. Dezember, geht zum ersten Male das Weihnachtsmärchen „Kumpelstücken“ in Szene. Dieses hübsche Märchen ist ja allen Kindern aus ihren Büchern bekannt und wird sicher ihre Erwartungen erfüllen, umso mehr, da Frau v. Kooch wieder seit Wochen tätig ist, um den Kindern Lübecks mit ihren hübschen Arrangements eine Freude zu machen. Herr Schweiguth wird das Märchen inszenieren und selbst darin eine große komische Rolle spielen. Fräul. Wall spielt die arme Müllerstochter, die ihrer Schönheit wegen Königin wird und in Gefahr ist, ihr Kind durch das böse Kumpelstücken zu verlieren. Das technische Personal arbeitet an Dekorationen und Requisiten, um dem Märchen auch äußerlich ein hübsches Gewand zu geben.

Schwerin. Der Schloßbrand. Der Schaden, den die Brandkatastrophe am herrlichen Schloßbau verübte, ist noch beträchtlicher, als man anfänglich vermutete. Das Innere des Goldenen Saales ist völlig ausgebrannt und durch Wasser vernichtet, auch der Thronsaal hat durch Wasserschaden stark gelitten, gleichwie die unteren Räume des vom Brande ergriffenen Flügels. Wie die „Mecklenburgische Zeitung“ erfährt, ist der Gebäudebrand Schaden wohl gut auf 2 Millionen Mark zu schätzen. Das Schloßgebäude ist bei einer Reihe von Gesellschaften gegen Brandschaden zu einer Gesamtsumme von etwa 6 Millionen 200 000 Mark versichert. Auch eine Mobiliarversicherung besteht in gewisser Ausdehnung. Der malerische, schaurigste Eindruck des gewaltigen Brandes wird dem Mittelebenden auf immer im Gedächtnis bleiben. Eigenartige Beleuchtungsgegenstände ergaben sich bei dem bleichen, über die ganze Landschaft gebreiteten, ruhigen Vollmondchein und der oft rasenden, dunkelgelben oder roten Flammenglut, die aus den Fenstern herausloderte oder über die Dächer fackelartig dahinwütete. Züngelnde, blaue und grüne Flammen sprangen von den Kupferplatten des Daches auf, und das ganze Gebäude, Hof und Straße waren häufig von einem wahren Funtenregen überschüttet. Der ganze westliche Bau wurde ein Raub der Flammen, mit ihm das Elisabeth- und das Strelitzer Gobelzimmer, ebenso der „unfertige Saal“, in dem sich viel Mobiliar befand. Im Elisabethsaal befanden sich kostbare Möbel, in den Gobelinzimmern wertvolle alte Gobelins. Im Turm, der bald bis zur Spitze in hellen Flammen stand, explodierte ein großer Vorrat von Jagdpatronen mit viertelstündigem Getratter. Die Koftoder Feuerwehrt traf um 2 1/2 Uhr mit der Dampfbrücke ein. Um 3 Uhr folgte die Hamburger Feuerwehrt mit vier Dampfbrücken. Die Koftoder Feuerwehrt konnte noch bei der Rettung des Hauptportals tatkräftige Hilfe leisten. Um 3 1/2 Uhr morgens war es den Feuerwehrt gelungen, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Verbrannt sind außer Mobilien kostbare Gobelins und Gemälde, dagegen sind das berühmte Hauptportal und der Johann-Nbrechts-Bau mit wertvollen Terrakotten verschont geblieben. Etwa die Hälfte des Schlosses gilt als zerstört, die Wasserseite des Schlosses blieb erhalten.

Kröpelin. Großfeuer. Freitag abend gegen 5 1/2 Uhr brannte auf dem Rittergute Altenhagen das mit harter Bedachung versehene Viehhaus total nieder. Das Feuer griff so schnell ein, daß es nicht möglich war, alles Vieh noch lebend aus dem brennenden Gebäude herauszuschaffen. Ungefähr 30—40 Kühe wurden ein Raub der Flammen.

Flensburg. Germanisierungsummel. In Flensburg fanden am Sonntag drei Versammlungen statt, die gegen die sogenannte preussische „Verföhrungspolitik“ protestieren sollten. Die alldänischen Dänenfresser hatten auch wirklich eine ganze Anzahl Leute auf die Beine gebracht und bemüht sich nun, diese Massen gegen die Regierung scharfzumachen, die dem Polarforscher Amundsen gestattet hatte, in Schleswig einen Vortrag in seiner Muttersprache zu halten. Was für sonderbare Schwärmer da verammelt gewesen sein mögen, geht daraus hervor, daß sich lebhafter Beifall erhob, als ein Redner wünschte, die Zeit des scharfen Kollertuses möge in Schleswig-Holstein wiederkehren. Natürlich konnten diese tapferen Streiter gegen das dänische Wesen auch keinen Dänen dulden, der über ihre Protestkundgebungen berichten wollte. Ein Vertreter der dänischen Presse wurde nämlich hinausgeworfen, weil er sich beim Abfingen des Schleswig-Holstein-Liedes nicht von seinem Platz erhoben hatte. — Schließlich nahmen die Versammlungen eine Resolution an, in der verlangt wird, daß der preussische Staat Dänemark veranlasse, seine durch den Optantenfödervertrag übernommenen Pflichten zu erfüllen und auch den Anschein zu vermeiden, als wenn er die dänische Propaganda in Nord-Schleswig fördere und zulasse. Ferner, daß die preussische Staatsregierung der dänischen Propaganda in Nord-Schleswig fest entgegenstehe, weiter, daß die Regierung in der Frage der Staatenlosen fest bleibe und schließlich, daß die Regierung das „schwer um seine Existenz ringende Deutschland“ in Nord-Schleswig mit allen Mitteln einer zielbewußten Politik wirtschaftlich und kulturell fördere. — Die preussische Regierung, die wegen ihrer Germanisierungspolitik in Schleswig-Holstein und in Polen schon weltberühmt geworden ist, wird sich nicht haben träumen lassen, daß ihr einmal ein Mißtrauensvotum wegen ungenügender Schneidigkeit erteilt wird. Daß dabei der Direktor des Lübecker Katharineums, Bürgerchaftsmitglied Dr. Reuter hervorragend mitwirkte, dürfte in Lübeck besonders interessieren. Lübeck hat doch gewiß alle Veranlassung, freundschaftliche Beziehungen zu Dänemark zu pflegen, und die es dient die alldänische Dänenheke sicherlich nicht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schwardt, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch der „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Zum Baden!
Echt Causchen Kuchensirup
Prima Weizenmehl
Mandeln, Sultade
Orangeat, Hirschhornsalz
ger. Pottasche, Rosenwasser
Zitronen, sämtl. Gemürze
in prima Qualität
empfiehlt

Holsten-Drogerie
Jürgen Runge
6a Moislinger Allee 6a.
9587 Fernsprecher 2375.

Friedr. Baetau
27 Mühlenstraße 27
Wurffabrik.

Pr. dicke Stomen 78 80 Pfg.
Eisbein, frisch u. gefalzen.
Schnauzen und Pfoten, dito.
Brotwürst, Grühwürst,
9582) Kohlwurst.
Frisches Kopffleisch.
Spießbratenschmalz 70 Pfg.

Kuchensirup,
Causchen Pfd. 30 Pfg.
Samburger 25
doppelt gestriches, stets lockeres
Weizen-Dampfmehl,
Diamant-Mehl,
Sultade, Orangeat, Pottasche,
Hirschhornsalz, Rosen- u. Pfeffer-
wasser, süße u. bittere Mandeln,
herrliche große u. kleine Rosinen
sowie sämtliche Gewürze, ganz
und gemahlen, empfiehlt in nur
9615) besten Qualitäten

Ludw. Hartwig, Ober-
trave 8.

Verlobungsringe
das Paar schon
von 10.00.00 an
(gesetzl. gestempelt)
sowie alle
anderen Arten
Schmuck und
Gehänge, Arm-
bänder, Brosch.,
Uhrketten für
Damen u. Herren
empfiehlt **Adolf Hübner**
Uhrmacher und Goldarbeiter
9625) Fünfhausen 13.

Im
Pelz-Haus
Friedrich
Zimmermann
Beckergrube 50
größte Auswahl in

Pelz-
Kragen, Krawatten,
Schals, einfachen
u. Fantasie-Muffen,
Jacken, Mäntel,
Herren-Geh- und Reise-
Pelzen, Hüten, Barettis,
Kinder-Garnituren, Fellvor-
lagen, Fellteppiche, Wagen-
decken.
Reparaturen etc. schnell und billig.
Kein Ausverkauf nach der
9609) Saison.
Sehr billige Detailpreise.
Zwanglose Besichtigung mögl. erbeten

Holsten-Meierei
Sennst 2336 Wickenstr. 44
empfiehlt alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen**
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (9585)

29 Marktballenland 29,
Serta die billigste Schweine sind
da. Pfd. (9582)
la. kern. Schweinefl. 70 u. 80
Karborade Pfd. 90
Fetten Speck Pfd. 70

Lorbeerkrone Siegerin Palmato
Unübertroffen feinste
Süßrahm-Margarine
Anerkannt beste
Pflanzenbutter-
Margarine
In allen besseren
Geschäften erhältlich.
Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, G. m. b. H.,
Altona-Bahrenfeld.

Rum u. Rotwein

sehr grosse Auswahl — von billigster bis feinsten Qualität. 8627
Samos angenehm süß und 80 bis 1.50 **Portweine** 1.20 bis 5.00
Liköre milde ca. 50 Sorten zu 1.10 bis 1.40 etc. **Punsch-Essenz** 1.25 1.50 2.00
Mosel- u. Rheinweine von 90 Pfg. bis 4.50 Mk.

F. P. Ahrens, Weinhandlung Königstraße 73
Eingang Huxstraße.

Zum Weihnachtsfest
Schuhwaren

aller Art kaufen Sie durchaus preiswert
bei

Heinr. Beckmann
Reiferstr. 43.

Herrenstiefel	14.75
Herrenstiefel	10.75
Herrenstiefel	8.75
Herrenstiefel	6.25
Damenstiefel	13.75
Damenstiefel	11.75
Damenstiefel	9.75
Damenstiefel	8.50
Damenstiefel	7.25
Damenstiefel	6.50
Knabenstiefel Gr. 36-40	8.50
Knabenstiefel	7.50
Knabenstiefel	6.50
Schulstiefel Gr. 36-40	6.50
Schulstiefel Gr. 31-35	5.50
Schulstiefel Gr. 27-30	4.25
Mädchenstiefel	7.50
Mädchenstiefel	6.50
Mädchenstiefel	5.25
Mädchenstiefel Gr. 27-30	4.50
Turnschuhe	1.50
Damen-Hausschuhe	2.75
Filzpantoffel	1.00
Kamelhaarschuhe	2.75
„ für Kinder 1.70	
„ für Kinder 1.40	
„ für Kinder 1.20	

Sämtl. genag. Arbeitersachen
gut und billig.
Rabattmarken. (9585)

H. Deutschmann
Arnimstraße 2
empfiehlt 9586

braune und weiße
Kuchen
braune und weiße
Pfeffernüsse
Mandelkuchen
in bester Qualität.

Kartell-
Versammlung
am Donnerstag, 18. Dezember
abends 8 1/2 Uhr.
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Eingänge.
Die Regularien sind zur Kontrolle
vorzulegen.
9522) Die Kartellkommission.

Emil Württenberger
Kohlmarkt 8. Markt 5.
9584
Praktische Weihnachts-Geschenke
Wäsche, Krawatten, Unter-
zeuge, Hosenträger, Hüte,
Mützen usw.
Gebe rote Rabattmarken

Melerei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art
in bester Qualität. (968)

Sämtliche Weine und Spirituosen
kauft man anerkannt preiswert und gut bei
Albert Koch, Obertrave 10
Fernruf 419.
Rote Lubeca-Marken oder 4 Prozent in bar. 9619

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstücken, Metall-, Peri- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Arbeiter-Bildungsverein.
Sonntag, 21. Dezember 1913
im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstr. 50-52:
Lichtbildervorträge
des Schriftstellers **Max König** aus Dresden.
Nachmittags 3 Uhr: Für Kinder.
(Im Programm u. a.: Der Wolf und die 7 Geiseln, Frau
Holle, Dornröschen und ein Weihnachtsmärchen.)
Preis 10 Pfg.
Abends 8 Uhr: Für Erwachsene.
(Im Programm u. a.: Wilhelm-Busch-Bilder.)
Preis 20 Pfg.
Karten nur an der Kasse.
Der Vorstand.
NB. Die morgige Stunde in Rede-Uebung beginnt
bereits um 8 Uhr präzise. (9617) D. O.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: **Gross. Tanzkränzchen.**
Mittwoch: **Tanzkränzchen.** (9618)

Zentralverb. profet. Freidenker
Deutschlands.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 17. Dezember
abends 8 1/2 Uhr.
Tagesordnung:
1. Besprechung über Punkt 6 des
Partei-programms.
2. Berichterstattung der Agitations-
kommission.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
9608) **Der Vorstand.**

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 17. Dezember
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Die Beitragszahlung im nächsten
Jahre.
2. Festsetzung der Prozente für die
Silvesterfeier.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung
halber ist zahlreiches Erscheinen
notwendig.
9620) **Der Vorstand.**
NB. Die Versammlung der
Jugendabteilung am Mittwoch,
den 17. Dezember, fällt aus.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 17. Dezember
abends präzise 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
(großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Innere Verbandsangelegenheit.
2. Abrechnung von den Unterhal-
tungsausgaben.
9621) **Die Ortsverwaltung.**
Mitgliedsbücher sind am Saal-
eingang voranzulegen.

Verband d. Maler!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 17. Dezember
abends 8 1/2 Uhr.
Tagesordnung wird in der Ver-
sammlung bekannt gemacht.
NB. Alle nach dem 1. November
arbeitslos gewordenen Kollegen,
welche Anspruch auf die Weihnachts-
unterstützung erheben, haben ihre
Kontrollkarte bis Sonnabend, den
20. Dezember, (inklusive) abzugeben.
9609) **Der Vorstand.**

Verein der Freunde von
Sing- und Ziervögeln
zu Lübeck.
Folgende Nummern sind mit einem
Gewinn gezogen;
Nr. 16, 27, 34, 41, 48, 55, 62, 63,
90, 91, 94, 96, 123, 158, 188, 194,
229, 240, 259, 269, 275, 319. (9538)

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 16. Dezember 1913:
79. B. i. Voll-Ab. 14. B. i. Dienst-Ab.
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Gastspiel Aenny Hindermann.
Die Regimentstochter.
Oper von G. Donizetti.
Darauf:

Flotte Bursche.
Operette von Franz v. Suppé.
Große Preise.
Mittwoch, den 17. Dezember 1913:
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 11 1/4 Uhr.
Die Kino-Königin.
Operette von Jean Gilbert.

Donnerstag, den 18. Dezember 1913:
80. B. i. Voll-Ab. 14. B. i. Donn-Ab.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Till Eulenspiegel.
Komödie von Harry Bodeker.
Mittelpreise. (9588)

Versammlung der Bürgerchaft.

b. Lübeck, 15. Dezember.

Wortführer Dimpfer eröffnet um 6 Uhr 15 Min. die Sitzung. Der Wortführer macht darauf aufmerksam, daß die auswärtigen wohnenden Bürgerchaftsmitglieder die gebachten Auslagen für Fahrt usw. berechnen und bei notwendigem Uebernachten bis zu 8 Mk. in Anrechnung bringen dürfen. Er ermahnt in Zukunft wie bisher so zu verfahren.

Der zum stellvertretenden Wortführer gewählte Dr. Eschenburg bittet auf Grund der geschwächten Gesundheitsverhältnisse von seiner Wahl abzusehen. — Die nächste Bürgerchaftsversammlung soll hierzu Stellung nehmen.

Eingegangen ist eine Eingabe des Verachtlichen Vereins, die Idiotenanstalt betreffend, und eine solche Heider Krainmarktschändler, die eine erweiterte Verkaufszeit an den Markttagen auf dem Weihnachtsmarkt wünschen. Auf Antrag von Löwig wird die letztere verlesen.

Vom Senat ist die Mitteilung, daß die den abgeänderten Bestimmungen, soweit sie das gemeinschaftliche Landgericht betreffen, zugestimmt hat. — Der Verkauf von Grundstücken in Travemünde an die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft wurde seinerzeit einem landgerichtlichen Beschluß unterworfen. Das Landgericht hat einen Preis von 5 Mk. pro Quadratmeter als ausreichend festgestellt, während die Bürgerchaft einen Preis von 6 Mk. gefordert hatte. Der Senat hatte das Finanzdepartement angewiesen, zu prüfen, ob dagegen Revision eingelegt werden könne. Dies wurde wohl bejaht, jedoch wurde von einem weiteren Verfolg der Sache abgesehen. — Der Bürgerchaftsbeschluß, den Antrag Henk, die Umbauarbeiten in Rücknitz betr., dem Senat direkt entgegenzubringen und stellte zugleich das Ersuchen, daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, während der Uebergangszeit Stundungen der Abgaben zuzulassen. Beisetzungen an den Senat sollen zugelassen werden, doch ist der Rechtsweg ausgeschlossen. Der Senat ist ebenfalls dafür, daß Härten vermieden werden, hält jedoch nach Lage der Sache einen besonderen Erlass der Uebergangsbestimmungen nicht für erforderlich.

Der Antrag Henk wird hierauf direkt dem Senat überwiesen.

In die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage, betreffend Bebauungsplan für Schlutup wurde für das frühere Bürgerchaftsmitglied Effinger Eder gewählt. Ersatzmänner sind Burzik und Müller.

In die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlagen betreffend Revision der Friedhöfe- und Begräbnisordnung wurden gewählt: Thiel, Barth, Becker, Dr. Hartwig, Stelling. Ersatzmänner sind Heise und Aug. Pape. Die Kommission betreffend Anschluß der mit Dienstwohnung versehenen Gebäude des Allgemeinen Krankenhauses an die Fernheizung der Erweiterungsbauten hatte dies Ergebnis: Haense, Böbs, Förster, Mund und Dr. Wehke. Ersatzmänner sind Lüth und Müller.

1. Antrag: Wird in nicht öffentlicher Versammlung verhandelt.

2. Antrag: Nachbewilligungen auf budgetmäßige Ausgaben im Rechnungsjahre 1912.

Dr. Ziehl findet es auffällig, daß nur die Ueberschreitungen mitgeteilt und keine weiteren Darlegungen gemacht werden. Die Kommission habe eine Reihe Ausgaben festgestellt, die gar nicht hätten gemacht werden dürfen. Die Feuerlöschbehörde habe ein Personen-Automobil für 6000 Mk. angeschafft, ohne die Bürgerchaft zu fragen. Wie komme überhaupt eine Behörde dazu, die Ausgaben auf den Artikel zu schreiben und die Ersparnisse einfach zu Neuanschaffungen zu verwenden. Wenn Behörden auf diese Art vorgehen, können schließlich auch einzelne Beamte dazu kommen, so zu handeln. Andere Parlamente hätten Rechnungs-Kommissionen, die alles nachprüfen. Es sei wohl notwendig, hier in der Bürgerchaft einer ähnlichen Einrichtung näher zu treten. Wie komme überhaupt die Feuerlöschbehörde dazu, ohne weiteres

ein Auto anzuschaffen. Die Bürgerchaft erfahre von der Rechnungsbehörde überhaupt nichts. Alle Behörden in Lübeck erstatteten Bericht, nur die Rechnungsbehörde unterlasse dies. Man wisse gar nicht, was da vorgebe. Man habe seit zehn Monaten noch nicht gehört, wie sich der Senat zu einer Vorlage über die zivilrechtliche Verantwortung der Behörden und des Senats stelle. Eine Bürgerchaftsversammlung habe sich ganz erstaunt über den vorliegenden Bericht gezeigt.

Senator Dr. Fehling: Es ist ein Irrtum, wenn geglaubt wird, die Berichte der einzelnen Behörden lägen nicht vor. Der Senat wird zum oder nach vor dem Budget zu dem von Dr. Ziehl angeführten Ersuchen antworten. Wie sich die Behörden zu Etatsüberschreitungen zu stellen haben, beruht teils auf dem Gesetz, teils auf festem Herkommen. Der Bau-Deputation und den Betriebsanstalten ist es z. B. durch Gesetz gestattet, Ersparungen anderweitig zu verwenden resp. auszugleichen. Bei den Gerichten und Wohltätigkeitsanstalten beruht es auf festem Herkommen. Alle bisherigen Nachbewilligungsanträge wurden nach diesem System erledigt, etwas anderes ist nicht vorgekommen. Es steht nichts im Wege, daß die Bürgerchaft oder der Bürgerschaftsausschuß einzelne Rechnungen prüfen läßt; feste Kommissionen haben wir in beiden Körperschaften nach der Verfassung nicht. Es wäre sehr gut, wenn in der Budgetkommission alle diese Fragen geprüft würden. Der Senat hat die Justizkommission mit dem Verantwortlichkeitsgesetz beauftragt, deren Beratung ist jedoch noch nicht beendet. Formell ist die Feuerlöschbehörde mit der Anschaffung des Personenautomobils durchaus richtig verfahren. Sie hat 3771 Mark Ersparungen gemacht und dafür die Anschaffung vorgenommen. Das Personenautomobil war von allergrößtem Nutzen, wie die letzten Brände erwiesen haben. Schläuche, Kohlen, Karbid, Ablösungspersonen usw. wurden damit befördert; ferner ist das Personenautomobil für Probefahrten der Chauffeure von großem Nutzen und alles in allem notwendig.

Dr. Ziehl hält einzelne Angaben des Senatskommissars für befriedigend, andere wieder für ungenügend. Das gesetzliche Herkommen der Behörden, Verschiebungen im Etat vorzunehmen, sei ganz unerhört, ein ähnliches Verfahren sei in der ganzen Welt nicht wiederzufinden. Die Budgetkommission müsse die Angelegenheit ganz besonders prüfen, an eine solche Verschiebung habe kein Bürgerchaftsmitglied gedacht. Als die Behörde das neue Personenautomobil angeschafft habe, hätte sie doch nicht die später eingetretenen großen Brände schon voraussehen können. Es wäre bei solchem Handeln angebracht, die Etats der Behörden ganz gehörig zu beschneiden. Mit der Auskunft über das Verantwortlichkeitsgesetz ist Redner ganz und gar nicht einverstanden, hofft jedoch durch die heutige Aussprache eine Beschränkung des Ganzen. Das Budgetrecht sei durch das Herkommen außerst gefährdet, es sei deshalb Zeit, dieses Herkommen zu ändern.

Senator Dr. Fehling: Dem Senat ist ein Vorwurf bei dem Verantwortlichkeitsgesetz nicht zu machen. Es handelt sich um einschneidende Verfassungsfragen, die die Justizkommission mit aller Sorgfalt zu prüfen hat. Der Feuerlöschbehörde darf in keinem Fall ein Vorwurf aus ihrem Handeln gemacht werden. Eine gründliche Beratung über die angeknüpften Fragen ist bei der nächsten Budgetberatung durchaus am Platze.

Rein: Bisher war es üblich, daß Beträge nur innerhalb der Titel übertragen werden konnten. Heute wird uns gesagt, daß diese Uebertragung von einem Titel auf den andern gemacht werden darf. Danach haben wir uns nur mit zwei Titeln zu befassen: erstens Gehalte, zweitens alles übrige. Nach diesem Rezept hat die Feuerlöschbehörde gehandelt. Wird dieses Verfahren aufrecht erhalten, ist das Budgetrecht der Bürgerchaft hinfallig. Wäre im März das Personenautomobil so notwendig gewesen, dann hätte man es auch schon ein halbes Jahr vorher wissen können. Man hat sich einfach über Senat und Bürgerchaft hinweggesetzt. Bisher war es stets Brauch, über derartige hohe Summen erst die Bürgerchaft zu befragen. Nicht einmal der Bürgerschaft hätte

die Summe allein bewilligen dürfen. Wird dieser Antrag aufrecht erhalten, dann ist das Budgetrecht der Bürgerchaft illusorisch.

Senator Dr. Fehling: Die Feuerlöschbehörde untersteht nicht den Betriebsanstalten, sie dürfte nach Herkommen so verfahren.

Kahns hält die Anschaffung für gerechtfertigt, es seien dadurch auch Ersparnisse gemacht worden. Der Vorwurf gegen Behörde und Senat sei unangebracht.

Rein hebt die Zweifelslehre hervor, daß eine Person unterliegt, die in der Behörde und in der Bürgerchaft tätig ist. Wie wäre man denn verfahren, wenn der Uebersehungs nicht vorhanden gewesen wäre?

Dr. Ziehl glaubt, daß die bürgerlichen Deputierten in der Feuerlöschbehörde keinen allzu großen Einfluß ausüben. Da dürften diese in der Bürgerchaft die Feuerlöschbehörde doch nicht so in Schutz nehmen.

Kahns bestreitet die einflußlose Tätigkeit der Deputierten in der Feuerlöschbehörde. Die Gründe des Branddirektors seien überzeugend gewesen.

Aug. Pape wünscht eine Wartehalle am Bahnhof.

Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen.

3. Antrag: Nachbewilligung auf die Betriebskosten der Heilanstalt Strednik im Rechnungsjahre 1912.

4. Antrag: Nachbewilligung auf die Betriebskosten des Allgemeinen Krankenhauses im Rechnungsjahre 1912.

5. Antrag: Nachbewilligung auf die Ausgaben der Oberprüfungsbehörde im Rechnungsjahre 1912.

6. Antrag: Erlass eines zweiten Nachtrages zum Gerichts-Schreiber-Gesetz vom 17. März 1902.

Alle diese Anträge werden debattelos mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

7. Antrag: Beschaffung eines vierten Kavalstschleppdampfere.

Stellung: Wir werden für diese Vorlage stimmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einen Umstand aufmerksam machen, der in letzter Zeit außerordentlich fühlbar wurde und für dessen schnelle Abhilfe Sorge getragen werden muß. Durch eine Verordnung des Polizeiamts wurden nach der Einriedigung der Holzlagerplätze Wege, die bisher vom Publikum und den Arbeitern benutzt worden sind, vollständig abgesperrt. Dadurch sind Missethäter eigener Art erwachen. Soweit das allgemeine Publikum davon betroffen wird, könnte man sich damit abfinden, soweit jedoch die am Hasen und der West beschäftigten Arbeiter in Frage kommen, erleiden diese außerordentlichen Schaden. Ihre Arbeitszeit wird um 10-40 Minuten verlängert, sie können nicht mehr so schnell zu ihrer Arbeitsstelle gelangen wie früher. Die Lastdiener z. B., die in Schwartau und Kensefeld wohnen, müssen einen weiten Umweg machen, genau so wie die in der Stadt und vor dem Goldtor wohnenden. Ich habe mich heute von diesem unhaltbaren Zustand selbst überzeugt. Wie es geändert werden soll ist heute schwer zu entscheiden. Die Arbeiter aus Schwartau, Kensefeld und Bornwerk müssen die Worte benutzen dürfen, die auf dem letzten Lagerplatz von Brüggemann u. Sohn angebracht ist. Sie haben dann auch noch einen Umweg zu machen, aber gar so schlimm wie jetzt ist es dann nicht mehr. Auch die Arbeiter auf den Schiffen und die Schauerleute werden von den jetzigen Verhältnissen betroffen. Wenn die Worte nach Schluß der Arbeitszeit abgeschloffen ist, ist ihnen die Möglichkeit an Land zu gehen genommen. Man wird sagen, sie sollen warten, bis der Dampfer kommt. Der fährt aber nicht immer gleich vorbei, wenn die letzte Ladung erfolgt ist, nach welcher das Schiff in See fährt. Wohl tragen einzelne Firmen für die Beförderung Sorge, Aufgabe des Staates ist es aber, daß den Arbeitern nicht allzu viel Zeit verloren geht. Die Arbeiter, auch

Die Honoratiorenstücker.

Eine Erzählung von Edmund Hofer.

Zwei alte Freunde.

„Sag mir aber offen, wenn ich dich störe.“ sprach der Gast, als sie droben aus der Gastür auf den Vorplatz und zur Treppe traten. „Geniere dich nur nicht Richard! Ich kann mich sehr gut ein paar Stunden auf meinem Zimmer beschäftigen.“

„Nüsse dich nicht,“ versetzte der andere heiter, faßte den Freund bei der Hand und zog ihn die Treppe mit sich hinab. „So präsent sind meine Geschäfte denn doch nicht, daß ich mir bei Gelegenheit nicht immer ein paar Stunden abmüßigen könnte, zumal an einem Feiertage, wofür man den zweiten Ostertag doch wohl gelten lassen muß. Und glaube mir,“ setzte er hinzu, „so präsent will ich sie auch niemals werden lassen, daß sie mir, ganz abgesehen von heute, an einem Tage wie der deiner Ankunft, die Hände binden könnten. Ich freue mich wirklich unjagbar, lieber Gesell!“ Und er drückte die Hand des Gastes aufs wärmste und sah ihm schier liebevoll in die Augen.

„Du bist ein goldenes Herz,“ meinte der Freund, halb lächelnd, halb bewegt, und erwiderte den Händedruck des andern.

„Ah bah — goldenes Herz! Ein Herz für meine Freunde hab' ich, — schlimm genug, wenn das etwas Besonderes geworden!“ lautete des Hausherrn Antwort. Und als sie unten angelangt und über den Flur gegangen waren, öffnete er eine Tür, ließ den Freund eintreten und sagte, auf die leeren Stühle vor den beiden Schreibtischen deutend: „Sichst du, wie ruhig du sein darfst? Geschäfte oder nicht Geschäfte — heut wäre doch kein Arbeitstag. Der alte Schreiber, den du vorhin gesehen, war nur auf eine Stunde hier und ist jetzt wieder fort.“

„Das sehe ich, und noch dazu, ohne die Tür zu schließen! Und hier nebenan dein eigen Zimmer wird auch nicht verschloffen sein. Ihr habt patriarchalische Zustände!“

„In betref des Türschließens — ja, gewissermaßen,“ entgegnete der Hausherr wieder und öffnete die andere Tür, welche in sein eigenes Zimmer führte, in das sie nun auch hineintraten. „Das Ding ist aber nicht so gefährlich, wie es aussieht; man sichert sich hier auf andere Weise. Du findest in der ganzen Stadt vielleicht nur ein paar öffentliche Gebäude, an deren Haustür keine Glocke angebracht ist. — Nun aber lasse das alles gut sein und uns zur Ruhe kommen, zum Genuß unseres Zusammenseins,“ fuhr er fort und schüttelte wieder die Hand des andern. „Nimm Platz und mache es dir behaglich, häuslich, Alter, häuslich! Denn du bist zu Hause! Hier sind Pfeifen, hier Zigarren, Feuer,

Alschbecher, alles nach Belieben. Willst du auch noch ein Glas Wein trinken?“

„Genug, genug!“ wehrte der Gast lachend ab, „lasse mich leben, Alter! Ich habe schon bei deinem Frühstück mehr getan, als mir gut ist, denn ich bin des Weines zu solcher Stunde nicht gewohnt. Aber als Karzer leiste ich noch viel,“ setzte er lachend hinzu, indem er die gewählte Zigarre anzündete und sich nach einem Umblid auf den Stuhl niederließ, der in der Fensterhöhe durch einen sogenannten Treppenschicht stand. „Jetzt vollends, nachdem ich's auswärtig oft so sehr entbehren mußte. Wie ist's damit? Was sagt deine Frau Gemahlin dazu?“

„Meine Frau? Nun, lieber Gott, was sollte sie sagen?“ antwortete der andere, der inzwischen gleichfalls die Zigarre angebrannt, einige Papiere von Sopha auf den Tisch davor geworfen und sich behaglich in die Ecke gesetzt hatte. „Wir halten streng auf unsere Grenzen. Hier und im Eß- und Wohnzimmer droben herrschen der Rauch und ich, in den Gesellschaftsräumen und der Schlafstube natürlich meine Frau ohne Rauch. Du bist also ungeniert, wie du siehst, denn zu dieser Jahreszeit werden dich auch die „Gesellschaftsräume“ nicht langweilen.“

„Du bist noch ganz der alte, Richard,“ meinte der Gast, den Freund mit einem teilnehmenden Blicke mustend, — „noch immer fröhlich und noch immer frei.“

„Nun — hoffentlich! Wie denn anders?“ „Das fragst du mich im Ernst. Du mußt so gut wie ich beobachtet haben, daß in fünf Jahren aus einem Menschen alles Mögliche, wenigstens etwas ganz Anderes werden kann als das, was er früher gewesen, zumal wenn er in diesen fünf Jahren wirklich den Sprung ins Philisterram gemacht hat, Bürger und Geschäftsmann, Hausbesitzer und — Gatte wurde, wie du. Mich deucht, das ist auch genug, um jeden Saulus zum Paulus — oder umgekehrt — zu machen.“

Richard nickte lächelnd und stand auf. „Schon recht!“ sprach er, zum andern hintertretend und sich ihm gegenüber auf den zweiten Stuhl in der Nische niederlassend. „Bei mir aber trifft's nicht zu. Es versteht sich von selbst, daß man nach solchen Schritten, wie ich sie gemacht, manche Junggeheulnisse aufgibt, sich in den Gang des bürgerlichen Lebens fügt. Ist man aber vor diesen Schritten schon dreißig Jahre alt geworden, so hat man auch Zeit genug gefunden, die Grundzüge seines Wesens und seiner Natur auszubilden und erhartet zu lassen, zu einem Charakter zu werden. So bin ich geworden und geblieben. Ich kann mir selbst das Zeugnis geben, daß ich von jeher ein guter Kerl und ein fideles Haus gewesen, allein ich habe trotzdem doch von jeher auch gewußt, was ich wollte und wollen mußte. — Aber genug davon,“ brach er ab, und sein ernster gewordenen Auge lächelte wieder heiter zum Freunde hinüber. „Was wollen wir uns

mit solchen Erörterungen herumplagen? Du sagtest vorhin: fünf Jahre — daran lasse uns festhalten und anknüpfen. Fünf Jahre! Gott weiß, es ist richtig! So lange ist's her, seit wir damals in der Residenz Abschied von einander nahmen. Zwei Menschen, die bis dahin kaum einmal wochenlang getrennt waren, nun für so lange geschieden! Und was ist alles geschehen in diesen Jahren! Du bist ein Weltfahrer geworden, man darf dich eigentlich gar nicht fragen, wo du gewesen, sondern nur, wo nicht. Du wirst uns endlos erzählen müssen, Traugott.“

Dieser schüttelte, wiederum lächelnd, den Kopf. „Was ist da viel zu erzählen!“ sagte er. „Unser Reisen sind durch all die Verkehrs-Erleichterungen einformig geworden; die gewöhnlichen Reiseziele in Europa so gut wie in den anderen Erdteilen sind uns durch zahllose Schilderungen so bekannt, als wären wir alle selber dort gewesen; und ein Fachmann wie ich, der nur seines Faches wegen reist, erlebt auch nichts, was nicht die vielen, die es eben so machen wie er, ganz gleich erleben müssen — für den Fachmann vielleicht interessant und von Wert, für den Laien gleichgültig. Was kümmern dich die Spitäler in Paris und London, in Port-Royal und New-Orleans, was die Kranken darin und die Krankheitserscheinungen? — Nein, da ist es mit dir, mir gegenüber, ganz etwas anderes,“ redete er weiter und schlug lustig seine Hand auf die des Freundes nieder, welche auf dem Fensterbrette lag. „Du bist in fünf Jahren also, wie gesagt, Bürger und Geschäftsmann, Hausbesitzer und Gemann geworden — Liebe, Brautstand, Ehe, Haus-Einrichtung und Eröffnung, häusliches Leben und Streben — Bist noch einmal, das sind doch Erfolge! Davon sollst du mir erzählen, denn ich weiß ja von dem Gang dieser Angelegenheiten so gut wie nichts.“

Richard zuckte die Achseln. „Ich sage wie du,“ meinte er; „was ist davon zu erzählen?“

„Mensch, was davon zu erzählen ist? Alles, Schatz, alles, weil mich alles interessiert? Wo und wie hast du deine Frau kennen gelernt? Wie ist deine Frau? Ich soll ja einige Tage —“

„Wochen, Freund!“ unterbrach ihn Richard. „Ich lasse dich nicht fort!“

„Nun gut — Wochen — mit ihr leben. Wie bist du hieher verfrachtet worden? Wie hast du dich überhaupt zu dieser Ueberstellung in dieses Nest verstanden, du, der du die Residenz lieb hattest und doch Mittel genug besaßtest, dort auf Beförderung zu warten? Wie bist du aus deiner Staatskarriere heraus zur Advokatur gelangt? Siehst du, die Fragen nehmen kein Ende für jemand, den, wie mich, jede Lebensstunde des Freundes interessiert. Besonders deine Heirat und deine Ueberstellung in dieses Nest, wiederhole ich, — du Großstädter —“ (Kontinuation folgt)

die von Kochs Schiffsverft und den Luber anwerfen, wüfchen deshalb, daß von ihnen der Weg, der zur Anlagestelle zwifchen Havemann u. Sohn und Goltzmann u. Jürgens auf den flädfifchen Wlag führt, betreten werden darf. Wird die Pforte erst um 1/2 Uhr geöffnet, können sie nicht u. n. 6 Uhr an ihrer Arbeitsstelle fein. Das Schiff liegt dort, aber die Arbeiter können nicht hinfommen. Wenn mir auch Leute keine genaue Auskunft gegeben werden kann, fo bitte ich doch um Nachprüfung meiner Befchwerden. Sehen Sie fich bei paffender Gelegenheit die Sache einmal an, aber vergessen Sie nicht, eine Requisition mitzunehmen, fonft kann es Ihnen paffieren, daß Sie, wie es mir beinahe ergangen wäre, „verfchütt“ gehen.

Böbs fragt, ob der neue Dampfer auch mit einer Dampfpritze ausgerüftet würde. Es fei dringend notwendig. Weiter wüfcht Redner Auskunft darüber, ob der elektrifche Schlepptrieb, der fich auf dem Kanal-Gms-Kanal bewährt habe, auch für den Elbe-Trave-Kanal verwendbar fei.

Kröger unterftützt die Ausführungen Stellings.

Rein weist auf den Weg von der Klappbrücke bis zur Karlstraße am Gleiße der Gütiner Eisenbahn entlang hin, der feit 10 Jahren betreten werden durfte, jezt aber von der Polizeibehörde verboten worden fei. Eine Prüfung, ob er etwa bis zum Wiedhof wieder freigegeben werden könne, wäre wüfchenfwerth.

Senator Overk: Der Einbau einer Dampfpritze fei nicht in Auflicht genommen, die Frage könne aber noch einmal geprüft werden. Aber die elektrifche Schlepptriebfrage fei nichts weiter verlaftet.

Böbs ftellt den Antrag, ein Erfuchen an den Senat zu richten, zu prüfen, ob in den neuen Schlepptrieb eine Dampfpritze eingebaut werden foll.

Senator Overk weist auf die gegenwärtig noch fchwebenden Ermittlungen hin, die die Anfhaffung eines beftehenden Döfchbootes bezwecken.

Rein empfiehlt eine andere Faffung des Antrags von Böbs.

Eichenburg bittet, die Anrede von Böbs zu prüfen.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen, der abgeänderte Antrag von Böbs ebenfalls.

8. Antrag: Aufhebung der Wegegemeinden Gneversdorf, Siems und Genin.

Henk (Wälwifch) erucht, die nichteingemeindete Wegeftrecke Travemünde-Bienborn vom Staat zu übernehmen. Die Automobile nähmen die Wege fehr ftark mit, die Könen könne man der Gemeinde doch nicht auferlegen. Es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, der Gemeinde Teutendorf den Weg abzunehmen, der gegenüber der oldenburgifchen Strecke in äußerft fchlechtem Zuftand fei. Redner ftellt einen dahingehenden Antrag.

Senator Dr. Fehling wüfcht diefen Antrag als einen felbftändigen betrachten und nicht in diefe Vorlage einbezogen.

Niemann (Schlutup): Gestern ift in Schlutup durch Zufall ein großes Unglück verhütet worden. Es ift ein Draht der überlandzentrale geriffen, der dicht am befetzten Fährboot niederfiel. Die Verlegung der Fährre und des Weges dahin ift fchon früher gefordert worden und muß fo bald als möglich gefchehen.

Der Senat jagt Prüfung zu.

Vorchert (Broder) ftellt den Antrag, eine Reviſion der Verordnung betreffend die Entnahme von Sand am Brodener Ufer und in Travemünde vorzunehmen.

Grüna u: Nachdem die Eingemeindung ftattgefunden hat, ift es felbftverftändlich, daß auch die Wege übernommen werden. Eine weitere Frage ift, ob die Wege, die die Privatgefelfchaften durch Verträge übernommen haben, noch weiter von diefen Gefelfchaften unterhalten werden müffen. Der Staat muß auch diefe übernehmen.

Senator Dr. Fehling: Die beftehenden Verträge bleiben beftehen, das ift auch gerade bei Gneversdorf beſonders hergehoben worden.

Aug. Wape und Hiele bringen weitere Wüfche in bezug auf Wegeverhältnisse vor. Inbefondere fei auch der Söndbörner Weg in fchlechtem Zuftand.

Bade (Schlutup) erucht um Annahme des Antrags und befähigt das von Niemann Vorgebrachte.

Bandholz hat ebenfalls Wüfche in bezug auf Wegeverbefserung nach Borrade und Wüffau.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen. Drei im Lauf der Debatte eingebrachte Anträge kommen als felbftändige auf die nächfte Tagesordnung.

9. Antrag: Verſetzung der Stellen der technischen Sekretäre der Baudeputation in die Klaffe A X des Beamtenbeſoldungſetats.

Denze erucht, den neu hinzukommenden Bürgerſchaftsmitgliedern die Tabellen des Beamtenbeſoldungſetats zuzuftehen, damit fie fich orientieren können. So fehle ihnen jeder genaue Einblick.

Dem ſoll entſprochen werden.

Aug. Wape hält die beantragte Verſetzung nicht für angebracht. Der Beamte habe ſich doch zu dem feftgeſetzten Gehalt gemeidet. Notwendig fei endlich die Verwaltungsreform, damit man einmal klar ſehen könne.

Stellung erinert an den Beſchluß, den Zollbeamten die Nachzahlung zu gewähren. Es ſei damals der Wüfch ausgeſprochen worden, daß dies recht bald geſchehen möge. Die Beamten hätten die Nachzahlung am 1. Dezember vergebens erſucht. Sie warten bereits 1 Jahr und 10 Monate darauf; die Frage ſelbſt ſcheide ſchon viel länger. Redner bittet, daß das Verſäumte recht bald nachgeholt werde.

Nach einer perſönlichen Bemerkung von Böbs in bezug auf ſeine Ausführungen bei der Konſervationshausvorlage und die Anlegung Gemeinſchaften ſen. darüber, erfolgt Schluß 10 Uhr 30 Min.

Politische Rundschau.

Deutſchland.

Ein Gegenſtand zum Fall Viehſtahl.

Die Reichsregierung hat den Abgeordneten Viehſtahl als Mitglied der Rüstungskommiſſion abgelehnt, weil, wie Staatsſekretär Dr. Delbrück im Reichstag erklärte, Viehſtahl durch die Krupp-Affäre zum Anflüger geworden ift und als ſolcher in der Rüstungskommiſſion nicht mitarbeiten könne. Die „Boffiſche Zeitung“ ift nun in der Lage, einen Fall anzugraben, in welchem die preußiſche Regierung eine entgegengeſetzte Anſicht beklundet hat. Allerdings liegt der Fall bereits 10 Jahre zurück und es kam auch kein ſozialdemokratiſcher Abgeordneter dabei in Betracht. Am 11. Januar 1873 war nämlich der nationalliberale Abgeordnete Laſter im preußiſchen Abgeordnetenhaus den Geheimrat Wagner aus dem Miniſterium des Auswärtigen, dem Fürſten Putbus und dem Prinzen Hieron von Korland vor, Geſchichte mit Eisenbahnkonzeptionen getrieben zu haben. Er beſchuldigte den Handlungswilizer Grafen Jernpflüg der Unterſchlagung des Gründungskapitals von Strouberg. Am 8. Februar 1873 beantragte — ſe ſchreibt die

„Boffiſche Zeitung“ — Laſter die Einſetzung einer Eisenbahnunterſuchungskommiſſion durch das Parlament unter Zuziehung der Regierung. Die preußiſche Regierung kam dem Antrag inſofern zuvor, als ſie ſelbſt eine Kommiſſion einſetzte, die aus zwei Juſtizbeamten, zwei Verwaltungsbeamten und zwei Landtagsabgeordneten beſtehen ſollte. Laſter zog unter der Vorausſetzung, daß er ſelbſt mit in die Unterſuchungskommiſſion berufen würde, ſeinen Antrag zurück. Laſter war dann der eifrigſte Mitarbeiter in der Kommiſſion und ſeine Entſcheidungen wurden in vollem Umfange als richtig beſtätigt. Laſter wurde alſo Mitglied der Unterſuchungskommiſſion, obwohl ſeine Vorwürfe noch weit ſchwerer waren, da ſie ſich gegen die oberſten Stützen der Regierung im Jahre 1873 richteten.

Man ſieht an dieſem Fall, daß die preußiſche Regierung im Jahre 1873 anders gehandelt hat als die Reichsregierung von heute. Wenn die Reichsregierung ein Interesse hätte dafür bekunden wollen, daß die Rüstungskommiſſion wirklich fruchtbringend wirkt, ſo hätte ſie den Geſonnen Viehſtahl nicht nur nicht abweiſen dürfen, ſondern ihn ſogar für die Rüstungskommiſſion reklamieren müſſen.

Bismarck, der Staatsſtreicher.

Prof. Delbrück hat die den Konſervativen ſehr unangenehme Behauptung aufgeſtellt, Bismarck habe den ſeiten Plan gehabt, das Reichstagswahlrecht wieder zu beſeitigen. Prof. Delbrück ſtützte ſich u. a. auch auf einen Brief des früheren konſervativen Führers v. Hellſdorff. Prof. Delbrück hat dieſen Brief jezt der „Deutſchen Tageszeitung“ überſandt. Er lautet:

„9. Februar 1907.

Etwas erſtaunt bin ich geweſen über Kottenburgs Behauptung, daß Fürſt Bismarck niemals habe das allgemeine Wahlrecht beſeitigen wollen.

Daß es anders liegt, habe ich öfter, und ich glaube auch einmal im Herrenhaus, ausgeſprochen. Nicht aus gelegentlichen Geſprächen oder dergl., ſondern aus ernſten, unter vier Augen zwifchen mir und dem Fürſten geführten Diſkuffionen weiß ich dies — namentlich in der Zeit vor Auflöſung des Reichstages wegen des Septennats usw., die dann zu der Wahl des ſog. Kartellreichstags führte. — Er hat damals in hoher Erregung und höchstem Ernſt mir einmal geſagt: „Ich will die letzten Jahre meines Lebens daran ſehen, den ſchwerſten Fehler wieder gut zu machen, den ich begangen.“ — Und das war eben die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

Kottenburg war damals ſchon bei Bismarck, und die einzige Erklärung der Behauptung, die er jezt aufſtellt, könnte nur die ſein, daß Bismarck ihn in dieſe Pläne nicht eingeweiht hat.“

Die konſervativen Organe ſind über dieſen Brief nicht wenig überrafcht; doch dreift und gottesfürchtig behaupten ſie nach wie vor, Bismarck habe „ſeinen ins einzelne gehenden Plan eines wirklichen Staatsſtreichs“ gehabt.

Aus der Partei.

Der ſozialdemokratiſche „Diebſtahl“ an den Witwen und Waiſen! Die konſervatiſche Preſſe kann ſich durchaus nicht beruhigen, daß der evangeliſche Pfarrer Ruberert in Oſtpreußen, der den Vorſtand des ſozialdemokratiſchen Vereins Königsberg-Stadt in der ſchwerſten Weiſe verdächtigt hat, zu 100 Mk. Geldſtrafe verurteilt worden ift. Er hatte dem Vorſtand „Verraubung von Witwen und Waiſen, Leidenſchändung“ vorgeworfen, von Galababſchneider, ſozialen Phariſäern und Heuchlern geſprochen, weil eine Generalverſammlung des ſozialdemokratiſchen Vereins von dem Ueberſchuß der Sterbekafſe 1000 Mark der Vereinskafſe überwiesener hatte, wozu ſie nach dem Statut berechtigt war. Als der Herr Pfarrer vor Gericht den Wahrheitsbeweis für die „Verraubung der Witwen und Waiſen“ antreten ſollte, ſpielte er eine klägliche Rolle und verſchanzte ſich hinter § 193 des Strafgeſetzbuches und erklärte, er habe 14 Tage in Kut geſchwedt. In einem Artikel des „Reichsboten“ wird trotz der ſchmählichen Niederlage des konſervativen Vorſämpfers der Vorwurf der Verraubung der Witwen und Waiſen aufricht erkalten. Deſhalb wollen wir der Öffentlichkeit mitteilen, was die Sterbekafſe des ſozialdemokratiſchen Vereins bietet:

Den Hinterbliebenen verſtorbener Mitglieder wird Sterbegeld gezahlt		
nach Entrichtung von 36 Monatsbeiträgen 25 Mk.		
„ „ „ „ „ 40 „	40	30
„ „ „ „ „ 60 „	60	40
„ „ „ „ „ 72 „	72	50

Der monatliche Beitrag für die Sterbekafſe, der ein durchaus freiwilliger ift, den alſo kein Mitglied zu zahlen braucht, beträgt pro Monat 10 Pfennige, für 360 Mk. erwirbt man alſo ſchon einen Anſpruch auf 25 Mark und für 720 Mk. auf 50 Mark Sterbegeld. Es dürfte in Deutſchland kaum eine bürgerliche Verſicherung geben, die ähnlich gütliche Bedingungen gewährt. Die konſervatiſche Verleumdungspreſſe faſelt aber vom „Diebſtahl an Witwen und Waiſen“, weil wiederholt entbehrliche Überſchüſſe zugunſten der Vereinskafſe verwandt worden ſind. Es ift aber auch einige Male vorgekommen, daß die Sterbekafſe nicht genug Mittel zur Auszahlung der Sterbegebühren gehabt hat und daß zu dieſem Zweck Gelder aus der Vereinskafſe entnommen worden ſind. — So ſieht der ſozialdemokratiſche Diebſtahl an Witwen und Waiſen aus.

Einigung in England in Sicht. Das Internationale ſozialiſtiſche Bureau hielt am Sonnabend in London mit den drei ſozialiſtiſchen Sektionen Englands eine gemeinſchaftliche Sitzung ab, um die ſozialiſtiſche Einigung in England anzubahnen. Das I. S. Bureau hatte bereits am 18. Juni eine Grundfrage zur Einigung gefunden: Bildung eines gemeinſchaftlichen ſozialiſtiſchen Rates und der Beitritt der Britiſch ſozialiſtiſchen Partei zur Labour Party (Arbeiterpartei). Dann ſtellte die I. S. B. die Bedingung, daß ſie, ehe ſie ſich zu dieſem Schritt erkläre, ſehen könne, von der Independent Labour Party (Unabhängigen Arbeiterpartei) und der ſozialen Geſellſchaft, die der Arbeiterpartei ſchon angehört ſind, das Verſprechen haben müſſe, daß dieſe beiden Organisationen mit ihr eine Verfaſſungsänderung der Arbeiterpartei beantragen werden, ſodas es in Zukunft einem Kandidaten der Arbeiterpartei geſtattet werden ſollte, ſich Arbeiterkandidat und ſozialiſt zu nennen. Heute darf ſich nämlich ein ſolcher Kandidat nur Arbeiterkandidat nennen. In einer Sonderſitzung einigten ſich die Engländer auf folgende Reſolution: „In Anbetracht, daß es wüſchenswert ift, die ſozialiſtiſche Einigung auf der Grundlage der gemeinſamen Aktion mit der Arbeiterpartei herbeizuführen, erucht die Konferenz die Vertreter der drei Körperſchaften, deren Mitglieder die

Frage vorzulegen, ob dem 1915 ſtattfindenden Parteitag der Arbeiterpartei der Antrag unterbreitet werden ſoll, jedem Kandidaten, der es wüſcht, zu geſtatten, ſich als Arbeiter- und ſozialiſtiſchen Kandidaten zu bezeichnen.“ — Die engliſche Konferenz beſchloß ferner, ſofort überall im Lande Verſammlungen einzuberufen, in denen Vertreter aller drei Sektionen für die Einigung eintreten ſollten. Es wurde ein gemeinſchaftliches Komitee ernannt, das dieſe Verſammlungen einberufen wird. Dieſe Beſchlüſſe wurden in gemeinſamer Sitzung dem Bureau mitgeteilt, das die engliſchen Geſonnen zu dem erreichten Reſultat beglückwünſchte.

Kommunales.

Kommunalwahlen. Bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart behauptete die Sozialdemokratie ihre vier frei gewordenen Gemeinderatsſitze. Es waren 10 Mitglieder zu wählen. Die Sozialdemokratie erhielt 118 165, die Nationalliberalen 88 872, die Volkspartei 55 015, die Konſervativen 23 800 und das Zentrum 18 758 Stimmen. Auf die Nationalliberalen entfielen drei, auf die Volkspartei zwei und auf die Konſervativen ein Sit. Das Zentrum ging leer aus, obgleich ſeine Proporzſitze mit der konſervativen Liſte verbunden war. Der Beſtand der Parteien bleibt unverändert. Von unſeren Kandidaten ſind gewählt die Geſonnen Dr. Lindemann, Sperla, Dietrich und Würz. Die letzteren drei waren ſchon zwölf Jahre Gemeinderäte. Unſere Stimmzahl hat gegenüber der letzten Gemeinderatswahl bei einer Zunahme der Wahlberechtigten um 4000 inſolge der wirtſchaftlichen Krise leider nur um 300 zugenommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Keine Klaſſenjuſtiz? Vor der erſten Breſlauer Strafkammer wurde ein Prozeß wegen eines Boykottflugblattes des Bäckerverbandes verhandelt, der ſo rechtzeitig auf mehr ungeheuerliche Strafen Gerichte erkennen, wenn bei Gelegenheit der Wahrnehmung von Arbeiterinteressen eine Beleidigung erfolgt ſein ſollte. Gelegentlich einer im Frühjahr ſtattgefundenen Lohnbewegung der Bäcker wurde in Breſlau und Umgegend ein Flugblatt verbreitet, in dem auf die im Bäckerergewerbe übliche Lehrlingszüchterei hingewieſen und den Bäckermeiſtern, die den Forderungen der Gehilfen ablehnend gegenüberſtanden, Mangel an ſozialpolitiſchem Empfinden zum Vorwurf gemacht wurde. Ferner wurde in dem Flugblatt aufgefordert, nur bei ſolchen Bäckermeiſtern zu kaufen, die die Forderungen des Bäcker- und Konditorenverbandes bewilligt hätten. Die Bäckermeiſter ſühlten ſich durch das Flugblatt beleidigt und in ihrem Geſchäft geſchädigt. Es klagte der Staatsanwalt nicht nur gegen den Herausgeber des Flugblattes, ſondern auch gegen die Druckereibeſitzerin, in der daſelbe hergeſtellt wurde, gegen deren Tochter als Mitbeſitzerin und gegen den Verbreiter des Flugblattes. Nach mehrſtündiger Verhandlung, zu der über 20 Zeugen geladen waren, erkannte das Gericht gegen den Bäcker Pubrich als Herausgeber auf die außerordentlich hohe Strafe von ſechs Monaten Gefängnis. Die Druckereibeſitzerin muß 150 Mk. Geldſtrafe bezahlen, während ihre Tochter als Mitinhaberin nur deshalb freigeſprochen wurde, weil ſie den Nachweis führen konnte, daß ſie mit dem Geſchäft nichts zu tun hat. Gegen den Verbreiter des Flugblattes, einen Bäckergeſellen, ſoll beſonders verhandelt werden. Er war zum Termin nicht erſchienen.

Gewerbegerichtswahl in Meißen. Einen ſchönen Erfolg der freien Gewerkschaften bedeutet der Ausfall der Beſitzerwahlen zum Gewerbegericht Meißen-Land. Es waren je 20 Arbeiter- und Unternehmerbeſitzer zu wählen. Von den Arbeitern machten 2251 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Es entfielen 2132 Stimmen auf die Liſte des Meißener Gewerkschaftskartells und 99 auf die der vereinigten Chriſtlichen und Gelben. Die freien Gewerkschaften erhalten 19 Sitze und die Gegner einen. Weiter gelang es, auf eine für die Unternehmer aufgeſtellte Liſte des Gewerkschaftskartells ſo viel Stimmen zu vereinigen, daß auch hier noch 8 weitere Mandate erobert wurden. Dieſer Erfolg ift umſo höher anzuklagen, als ſich die Nationalen die verzweifeltſte Mühe gaben, ein beſſeres Reſultat zu erreichen.

Streitverſicherung der Unternehmer. Die Vereinigung der deutſchen Arbeitgeberverbände gründete am Freitag abend in Berlin eine Zentrale der deutſchen Arbeitgeberverbände für Streitverſicherung. Der neuen Organisation traten ſofort Verbände bzw. Entſchädigungsgesellſchaften mit einer Gesamtlohnſumme von über 700 Millionen Mark und einer Arbeiterzahl von 675 000 bei. Als Vorſitzender dieſer neuen Koalition wurde Fabrikbeſitzer Garvens in Hannover beſtimmt, die Geſchäftsführung wurde Syndikus Dr. Längler übertragen.

Chriſtliche Komödianten. In der Generalverſammlung des Saarbrücker Knappſchaftsvereins wurde ſeinerzeit bekanntlich mit Hilfe der chriſtlichen Knappſchaftsälteſten das Krankengeld für die ſchlechter bezahlten Arbeiter bis zu 90 Pfge. pro Tag gekürzt. Die Leitung des Gewerkschaftsvereins juchte dieſen Verrat mit allen Mitteln zu entſchuldigen. Man ſprach von einer „Überrumpelung der Älteſten“. In einem chriſtlichen Flugblatt heißt es, ähnlich wie im „Bergknappen“, viele Älteſten hätten nachſich vorher arbeiten müſſen; andere hätten früh um 4 oder 5 Uhr abreiſſen müſſen; um pünktlich zur Stelle zu ſein. Durch dieſe und noch andere Umstände, auch durch die lange Dauer der Verhandlungen ſeien die Älteſten geiſtig nicht mehr friſch genug ge-weſen, um die Tragweite ihres Handelns zu überſchauen. Auch habe die Knappſchaftsverwaltung mit falſchen Zahlen operiert, wodurch die Verbeſſerungen in der Vorlage viel zu hoch angegeben ſeien. Alles das habe die „geiſtig nicht mehr friſchen“ Gewerkschaftsälteſten irre gemacht. Wer ſollte da nicht Mitleid haben, mit den auf ſo raffinierte Art Verführten? Doch es ſcheinen dieſenigen recht zu behalten, die von vornherein behaupteten, das alles ſei nichts als eine abgeſeimte Heuchelei. Jezt kommen nämlich die der katholiſchen Fachabteilung angehörenden Älteſten, die von den Chriſtlichen als die Haupturheber für die beſchloffenen Verſchleierungen bezeichnet werden und wehren ſich. Dieſe behaupten, die Chriſtlichen hätten ſich ſchon vor der Generalverſammlung verpflichtet, für den vorgelegten Statutentwurf zu ſtimmen, der noch viel ſchlechter war als das nunmehr beſchloſſene Statut. Der in der Fachabteilung organifizierte Älteſte Vorſcheid aus Altenwald, der ſich ſam an dem mit 4 Chriſtlichen im Knappſchaftsverein vorſand und deshalb alſo jezt ſehr gut unterrichtet ſein muß, hat in einer Verſammlung in Wütlingen erklärt: „Nicht nur er und die chriſtlichen Vorſtandsmitglieder, ſondern auch eine aus 9 chriſtlichen Älteſten beſtehende Kommiſſion habe ſich in einer Sitzung vor der Generalverſammlung jährlichlichlich mit dem von der Knappſchaftsverwaltung vorgelegten Entwurf einverſtanden erklärt.“ Da hätten wir alſo wieder eine echt chriſtliche Komödie. Gezt gehen die vorlauter Chriſtlichkeit triefenden Maulhelden hin und verkaufen das Fell der Bergarbeiter, dann ſtellen ſie ſich der Öffentlichkeit als die reinſten Engel vor. Sie wollten ja die Verſchleierungen nicht, aber die anderen, die haben ſie verführt. Sie ſind doch nichts als abgeſeimte Komödianten und werden es bleiben.

Soziales.

Im Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Der Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen wird zum 1. Januar ausbrechen; das scheint heute schon festzustehen. Die Ärzte wollen den Kampf, trotzdem die Kassen das größte Entgegenkommen bekundet haben. In einer Sitzung der Vertreter der vereinigten Krankenkassenverbände, die am Freitag in Berlin stattfand, wurde festgestellt, daß Einigungsverhandlungen zwischen den zentralen Verbänden der Ärzte und der Kassen nach Lage der Sache völlig aussichtslos seien, zumal der Leipziger Verband wiederholt betont habe, von seinen Hauptforderungen nicht abgehen zu können. Im übrigen seien an vielen Orten die Kassen und Ärzte völlig einig. Trotzdem verbiete der Leipziger Verband den Ärzten, Verträge zu schließen und bezeichnen jeden Arzt als Streikbrecher, der diesem Gebot zuwiderhandelt. Der Friede wäre auf der ganzen Linie gesichert, wenn der Leipziger Verband den Vertragsabschluss freigäbe. Wenn jetzt, drei Wochen vor Beginn des eigentlichen Kampfes, der Leipziger Verband den Ärzten weiter verbietet, mit den Kassen überhaupt zu verhandeln, so ist dies nur ein Zeichen dafür, daß schon sehr scharfe Mittel angewandt werden müssen, um die durch das Vorgehen des Leipziger Verbandes in ihrer Existenz bedrohten Ärzte bei der Stange zu halten. Tatsächlich werden vielfach Verträge von Ärzten trotz des Verbotes geschlossen. Wenn aber gar nach den im „Ärztlichen Vereinsblatt“ vom 9. November veröffentlichten Mitteilungen die Ärzte die Behandlung der Versicherten unter Umständen bei den gegnerischen Kassen völlig einstellen sollen, so daß Kranke und Sterbende ihrem Schicksal überlassen werden, so wäre dies eine geradezu fanatische Kampfweise, die sich von selbst richten würde. Die Krankenkassen würden einem solchen Vorgehen gegenüber die entsprechenden Maßnahmen treffen. Einischüchtern lassen sich die Kassen nicht! In Berlin ist, wie bereits gemeldet wurde, zwischen dem Verein Berliner Kassenärzte und der Allgemeinen Ortskrankenkasse ein Vertrag abgeschlossen worden. Diese Einigung dürfte noch ein Nachspiel haben. Die Grobberliner Vertragskommission der Ärztekammer hat nach einer Bekanntmachung in der Berliner Ärzte-Korrespondenz in ihrer letzten Sitzung beschlossen, gegen die jetzigen sieben Vorstandsmitglieder des Vereins Berliner Kassenärzte ein ehrengerichtliches Verfahren zu beantragen. Es geschehe das wegen der Beleidigungen, die in einem Schriftstück enthalten seien, das „Zur Klärung“ überschrieben ist und das den Mitgliedern des Vereins Berliner Kassenärzte wie anderen Ärzten zuging. Der Vorstand der gemeinsamen Ortskrankenkasse in Braunschweig, die 48 000 Mitglieder zählt, hat beim Oberversicherungsamt den Antrag gestellt, auf Grund des § 870 R. V. G. bei der Krankenpflege oder sonstiger erforderlicher ärztlicher Behandlung den erkrankten Versicherten eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln des durchschnittlichen Betrages ihres gesetzlichen Krankengeldes gewähren zu dürfen.

Die Volksfürsorge muß sich wehren!

Die D. V. A. G., deren Vorstand immer den Wunsch einer vornehmen und lokalen Konkurrenz erwecken möchte und deren Propagandist für die christlichen Arbeiter, der bekannte Reichstagsabgeordnete Behrens, erst jüngst in einer Broschüre schrieb: „Die öffentlich-rechtlichen Anstalten bekämpfen die gemeinnützige Volksversicherung mit denselben vergifteten Waffen wie die sozialdemokratische „Volksfürsorge“, hat in einer Reihe ihrer Propagandaschriften die verdächtige Behauptung verbreitet:

„Bei der Volksfürsorge würden die Gelder der Versicherten letzten Endes dazu dienen müssen, der Umsturzpartei einen neuen starken Kriegsschatz im Kampfe gegen den Gegenwartstaat zu schaffen.“

Der loyale Versuch des Vorstandes der Volksfürsorge, den Vorstand der D. V. A. G. zu veranlassen, diese unwahre Behauptung zu widerrufen und ferner zu unterlassen, war vergeblich. Deshalb gibt der Vorstand der Volksfürsorge der Gegenpartei durch eine Klage auf Grund des § 14 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb beim Landgericht in Berlin Gelegenheit, den schweren Vorwurf zu beweisen. Wie die bürgerliche Presse zu berichten weiß, wird die D. V. A. G. den Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung in vollem Umfange antreten und dementsprechend Abweisung der Klage beantragen.“ Die Verhandlung ist auf den 22. Dezember angesetzt. Es ist ganz gut, daß auf diesem objektiven Wege der Beweisführung vor Gericht die Öffentlichkeit erfährt, wer die vergifteten Waffen führt. Jedenfalls kann die Volksfürsorge diesem Verfahren mit Ruhe entgegensehen.

Aus dem Gerichtssaal.

Militärjustiz.

Ein Urteil, das geeignet ist, wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die Unhaltbarkeit der heute geltenden militärischen Strafbestimmungen zu lenken, wurde vom Kriegsgericht in Breslau gefällt. Der Dragoner Schottalle vom Dragonerregiment Nr. 8 in Namslau hatte beim Stalldienst einem Gefreiten zwei Ohrfeigen gegeben und erhielt dafür 2 Jahre 4 Monate Gefängnis! Der Gefreite wurde als der Vorgesetzte des Dragoners betrachtet.

Ein offenbar Geisteskranker zu Gefängnis verurteilt.

Der Musikfiedler Friedrich Blauoß vom Infanterieregiment Nr. 63 in Oppeln war am 16. Juli von Festung nach einer wegen Fahnenflucht verhängten Strafe zu seiner Truppe zurückgeführt. In der Nacht vom 23. zum 24. Juli will er unter Kopfschmerz gelitten haben, und weil es so „über ihn gekommen“ sei, lief er in Pantoffeln, Hemd und Unterhosen aus der Kaserne. Von einem Neubau nahm Blauoß Oberkleider und wanderte bis zum Bahnhof Kandrin, wo er auf einem Güterzug als blinder Passagier bis Jaborge fuhr. In der Nacht schlug er das Schauenfenster eines Kaufmannsladen ein und nahm für mehrere Mark Pfefferkuchen. Blauoß wurde vor das Kriegsgericht der 11. Division in Breslau gestellt unter Anklage der Fahnenflucht und des Einbruchsdiebstahls im Rückfall. Inzwischen tauchten Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit auf und Blauoß wurde von Sachverständigen beobachtet. Die Ermittlungen ergaben: vom Besuch der Volkshochschule erzielte Blauoß keinerlei Zeugnisse. Das Lernen fiel ihm schwer. Ruhelos unternahm er Trefahrten durch die Welt. Als landwirtschaftlicher Arbeiter vermittelte er sich in Hamburg, Bremen, Berlin, Braunschweig, Sachsen, im Elb- und Weistal; aber nach Wochen lief er immer wieder weg. Sein unwiderstehlicher Wanderdrang trieb ihn sogar nach Oesterreich und Frankreich. Blauoß stammt aus einer Trinkerfamilie und ist erblich belastet; er liebt stets die Einsamkeit und war menschenfeind. Von Jugend an neigte der Mann zu Sonderbarkeiten; er macht auch einen recht dummen Eindruck. Blauoß ist oft bestraft von verschiedenen deutschen Gerichten und in Ausland, auch mit Arbeitshaus. Seine Führung wird dienstlich und moralisch als schlecht bezeichnet. Seine Vorgesetzten bezeichnen ihn als einen willigen Mann, der sich große Mühe gab. Nur halten sie ihn wegen des eigentümlichen Eindrucks, den er macht, für nicht normal. Die Militärärzte geben ihr Gutachten dahingehend ab, Blauoß habe wahrcheinlich unter Zwangsvorstellung, Blausirresein gekündigt; sie halten

ihn aber für verantwortlich. Es rechtfertigte sich aber eine milde Strafe, durch die der schwere Krankheitszustand Blauoßs sich nicht verschlimmere. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Dr. Köbler, beantragte zwei Jahre Gefängnis (!), erneute Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre (!). Der Verteidiger beantragte Freisprechung wegen Geisteskrankheit. Das Kriegsgericht erkannte auf ein Jahr und vierzehn Tage Gefängnis (!) und erneute Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, in der sich Blauoß bereits befindet. Der Mann ist auf Verfügung des Generalkommandos des sechsten Armeekorps jetzt wegen angeborener geistiger Minderwertigkeit als dienstunbrauchbar vom Militär entlassen worden. Aber bestraft wird er doch!

Aus Nah und Fern.

Betrachtung zum Grubenunglück in Oberschlesien.

Am Sonntag früh wurde der Zeitungsleser durch die Meldung erschreckt, daß in der Nacht zum Sonntag auf der Emmagrube bei Rybnik ein Grubenbrand ausgebrochen sei, bei dem 16 Bergarbeiter den Erstickungstod fanden und drei durch Einatmen der giftigen Brandgase schwer erkrankten. Im allgemeinen ist der ober-schlesische Bergbau von Massenunglücken nicht so heimgesucht wie das Ruhrgebiet. Das liegt aber nicht etwa an der besonderen Sorgfalt, die die Unternehmer dem Bergbau und der Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter zuteil werden lassen, sondern es ist dem Umstand zuzuschreiben, daß gefährliche Schlagwetter in Oberschlesien bisher nur in geringem Maße vorkommen. Es wird auch daher noch fast auf allen Gruben mit offenen Lampen gearbeitet, auch ist den Bergleuten das Rauchen gestattet. Nur vier Gruben sind im Sinne des Berggesetzes als Schlagwettergruben bezeichnet. Die Zahl der Schlagwettergruben dürfte sich aber leider auch in Oberschlesien vermehren, denn je tiefer der Bergbau in das Erdinnere eindringt, umso mehr steigt der Bergarbeiter auf schlechte Wetter, die Explosionsgase enthalten. Der Umstand, daß Oberschlesien weniger von großen Grubenkatastrophen betroffen wurde, wie Westfalen, veranlaßte im vergangenen Jahre einen Geislichen in Zaborje bei der Beerdigung eines verunglückten Bergarbeiters zu der Behauptung, daß Oberschlesien deshalb vom Massenunglück weniger heimgesucht würde, weil sich die Bergarbeiter noch nicht in großer Zahl dem „sozialdemokratischen“ Bergarbeiterverbände angeschlossen hätten! Würden sie sich aber in der Zukunft mehr dem Bergarbeiterverband anschließen, dann würde Gott auch über die ober-schlesischen Bergarbeiter die Schale seines Jorns ergießen und sie durch Massenunglücke heimsuchen. Die Beisagung des frommen Gottesmannes ist mit dem jetzigen Unglück allerdings nicht in Erfüllung gegangen, denn auf der Emmagrube hat der Bergarbeiterverband fast gar keine oder doch nur sehr wenig Mitglieder. Ueber die Entstehungsurache gehen die Meldungen und Meinungen weit auseinander. Jetzt steht, daß in einem alten, unbenutzten Geseck (Stapelkammer) die Zimmerung in Brand geraten ist. Wodurch, ist fraglich. Ein Berichterstatter der bürgerlichen Presse verbreitet schon die Nachricht, daß vermutlich ein Bergmann durch unvorsichtiges Umgehen mit der Lampe die trodrene Zimmerung in Brand gesteckt hat, ohne davon Meldung zu machen. Diese Vermutung erinnert sehr stark an die Schreibweise des „Rhein-Westfälischen Tageblattes“ aus Bochum, das 1898, als auf der Zeche Karolinen Glück bei Bochum 120 Bergleute durch schlagende Wetter getötet wurden, schrieb, vermutlich habe ein Hezer der roten oder schwarzen Internationale die Wetter angezündet, um bei der Reichstagswahl, die damals bestand, Agitationsstoff zu haben. — Von anderer Seite wird gemeldet, daß der Brand durch Kurzschluss in der elektrischen Leitung entstanden sei; eine andere Stelle berichtet, daß die Entstehung auf Selbstentzündung der Grubengase zurückzuführen sei. Von den zunächst Beteiligten, den Bergarbeitern, konnten wir auch näheres nicht erfahren, sodas hier zunächst einmal das Ergebnis der amtlichen Untersuchung abgewartet werden muß. Dann läßt sich vielleicht noch manches sagen. Vorläufig können über die Entstehungsurache nur Vermutungen ausgesprochen werden. Ein großes Glück ist es, daß der Brand nicht früher entstand. Wäre er vor 11 Uhr abends entstanden, dann dürfte sich die Zahl der Opfer auf Hunderte belaufen haben.

Schweres Eisenbahnunglück in Sachsen.

Wie die Chemnitzer neuesten Nachrichten melden, hat sich in der Nacht zum Montag in der zwölften Stunde in der Nähe von Braunsdorf ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Als der letzte Zug den Tunnel des Harrasfelsen passierte, stürzte dieser zum Teil ein. Die Felsmassen begruben den Zug unter sich. Nach den letzten Feststellungen sind bei dem Eisenbahnunglück am Harrasfelsen sechs Personen getötet, sieben schwer und 27 leicht verletzt worden. Ueber das Unglück wird von der Eisenbahn-Betriebsdirektion in Chemnitz berichtet: Durch den großen Felssturz am Harrasfelsen zwischen Gumnnersdorf und Braunsdorf ist am Sonntag abend kurze Zeit vor dem in Niederwiesla fahrplanmäßig um 10,26 ein-treffenden Personenzuge Nr. 144 das Südportal des durch den Harrasfelsen führenden Tunnels verschüttet worden. Der erwähnte Personenzug fuhr mit zwei Maschinen auf die Sturmmaschine, wobei die erste Maschine bis zum Tunnelseitel gehoben wurde. Die Wagen des im Tunnel befindlichen Zugteils wurden größtenteils zertrümmert. Leider sind mehrere Menschenleben und zahlreiche Verletzungen zu beklagen. Auf telephonische und telegraphische Meldung wurden unverzüglich zwei Hilfszüge von Chemnitz und Leipzig, sowie ein Arztwagen von Döbeln abgelassen, so daß das Rettungswerk in kurzer Zeit begonnen werden konnte. Außerdem begab sich eine große Anzahl von Ärzten und Samaritanern aus Chemnitz, Niederwiesla, Frankenberg, Döbeln und Rößwein zur Stelle. Sämtliche Verletzte wurden sofort vorläufig ärztlich behandelt. Die Schwerverletzten wurden bereits bis Montag 4 Uhr morgens in den Krankenhäusern in Frankenberg und Chemnitz untergebracht. Als schwer verletzt sind sieben Reisende zu betrachten. Die Anzahl der Leichtverletzten läßt sich jetzt noch nicht mit Bestimmtheit feststellen. Tot im Zuge aufgefunden wurden vier Personen. Es ist Hoffnung vorhanden, daß weitere Tote sich unter den Trümmern nicht befinden. Der Felssturz, der nach vorläufiger Schätzung mehr als hundert Kubikmeter Massen umfaßt, dürfte nach den bisherigen Ermittlungen außerordentlichen elementaren Ereignissen zuzuschreiben sein. Die Oberbeamten der Betriebsdirektion in Chemnitz und der zuständigen Ämter trafen mit Hilfszügen auf der Unfallstelle ein, auf der schon während der Nacht der Präsident mit zwei Räten der königlichen Generaldirektion der Staatseisenbahnen erschienen war. Die örtlichen Verhältnisse gestatten nicht, daß auf der Unfallstelle der Verkehr durch Ansteigen aufrecht-

erhalten werden kann. Es werden aber Personenzüge in der Richtung von Rößwein bis Gumnnersdorf und in der Richtung von Niederwiesla bis Braunsdorf geführt. Die Sperrung zwischen Gumnnersdorf und Braunsdorf dürfte etwa acht Tage andauern. Nach einer Mitteilung amtlicherseits sind im Laufe des Tages zwei weitere Leichen geborgen worden, so daß die Zahl der bei dem Braunsdorfer Eisenbahnunglück Umgekommenen sechs beträgt. Ob sich noch Leichen unter den Trümmern befinden, konnte noch nicht festgestellt werden. Aus Dresden wird ferner gemeldet: In der Nachmittags-Sitzung der Zweiten Kammer gab Finanzminister v. Seydewitz vor Eintritt in die Tagesordnung eine Darstellung des schweren Unglücks bei Braunsdorf, das nach bisherigen Ermittlungen auf außerordentliche Naturereignisse zurückzuführen sei. Vier Tote seien zunächst aufgefunden worden, doch die nähere Untersuchung der Trümmerstätte habe noch weitere vier Tote ergeben, so daß die Gesamtzahl der ums Leben gekommenen acht betrage. Sieben Personen seien schwer, teilweise außerordentlich schwer verletzt worden. Die Sperrung der Strecke Gumnnersdorf-Braunsdorf werde acht Tage dauern. Präsident Vogel drückte das lebhaft Bedauern der Kammer über das Unglück aus.

Mutst.

In der Sonntagsnacht erschoss zu Dortmund der Unternehmer Albert Pajchen aus geringfügiger Ursache den Arbeiter Willi Schöder. Der Arbeiter Blum wurde durch einen Schuß in den Arm verletzt. Der Täter wurde von der aufgeregten Menge derart zugerichtet, daß er als Polizeigefangener ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Auf der Zeche Graf Schwerin bei Essen a. d. Ruhr stürzten zwei mit der Herstellung eines Bremsberges beschäftigte Hauer mit der Arbeitsbühne etwa 40 Meter ab. Sie wurden von mitgerissenen Gesteinmassen vermischt. Ein Hauer konnte nur als Leiche geborgen werden, während der andere mit lebensgefährlichen Verletzungen geborgen wurde.

Das erste öffentliche Heine-Denkmal.

Das in Deutschland gesetzt worden ist, wurde am Sonnabend in der städtischen Friedberger Anlage zu Frankfurt a. M. enthüllt. Der Berliner Bildhauer Georg Kolbe hat es geschaffen und aus privaten Mitteln wurde es errichtet. Auf einem Sockel aus Muschelkalkstein erhebt sich die Bronzegruppe eines schreitenden Jünglings und eines laufenden Mädchens. Am Sockel ist das Reliefbildnis des jungen Heine mit der Inschrift „Dem Dichter Heine“ angebracht. Oberbürgermeister Voigt übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt mit einer Ansprache, die in den Worten gipfelte: „Nicht rächen wollen wir, sondern zu verstehen suchen.“ Am Schluß der Feier wurden zahlreiche Kränze am Fuße des Denkmals niedergelegt.

Professorenstolz vor Fürsten.

Bei einem Preisarbeiten der Studierenden der Herzogl. Technischen Hochschule in Braunschweig, zu dem sich auch der junge Ernst August, der neue Herzog eingefunden hatte, richtete der Rektor der Schule, Medizinalprofessor Dr. Bedurts an den Herzog die folgenden Begrüßungsworte:

„Euerer königlichen Hoheit Teilnahme an dieser Feier, mit der die diesjährige Preisverteilung verbunden ist, verleiht diesem Feste besondere Weihe. Ich begrüße ehrsüchtig die eure königliche Hoheit bei Höchst-Ehren ersten Besuche der Hochschule, spreche den untertänigsten Dank für Höchst-Ehre Erscheinen an unserer akademischen Feier aus und verbinde damit die Bitte, Eure königliche Hoheit wolle auch in Zukunft an den Geschicken der Carola-Wilhelmina (Name der Schule) Anteil nehmen und der Bestrebungen derselben Ihr Interesse zuwenden.“

Als zeitiger Rektor darf ich Eurer königlichen Hoheit das Versprechen geben, daß wir stets bestrebt sein werden, uns der höchsten Huld würdig zu erweisen und nach unseren Kräften dazu beizutragen, daß die Herzogliche Technische Hochschule unter Eurer königlichen Hoheit Regierung eine geachtete Lehranstalt der akademischen Jugend und eine Stätte ernsthafter wissenschaftlicher Forschung bleibe.“

Ein Bild des Jammers: Der Hochschulprofessor vor dem neugebauten, jungen Herzog glatt auf dem Baue!

Ein graufiger Nikolausabend.

In das Haus des in Erlabrunn anlässigen Handwerkers Turner kam nach altem Brauch abends der Nikolaus, um die Kinder zu schrecken und zu beschenken. Der 12jährige Sohn Turners wollte aus Furcht flüchten, fiel aber die Hausliege hinab und brach das Genick. Der Tod trat sofort ein. Der Vater des Knaben geriet über den Tod seines Sohnes in so furchtbare Aufregung, daß er ein Schlachtmesser ergriff und es dem Nikolaus, einem Handwerksmeister namens Weizel Körner, dreimal in die Brust stieß. Körner starb eine Stunde darauf. Turner wurde verhaftet.

Selbstmord zweier Studentinnen.

In der Wiener Universität studierten vier aus der Bukowina stammende Schwestern namens Schaerl, von denen die älteste bereits den Dokortitel hat und Spezialärztin am Allgemeinen Krankenhaus ist. Vorgestern nachmittag haben nun die 24jährige Hörerin der Medizin Lito und ihre 22jährige Schwester, die Philosophin Friederike, aus unbekannter Ursache Gift genommen. Trotz der größten Bemühungen der ältesten Schwester und zweier Ärzte konnten die beiden Schwestern nicht mehr gerettet werden. Ein vorgefundener Zettel enthält die Worte: Das Motiv der Tat geht niemand etwas an.

Schweres Autounglück.

Sonntag abend ereignete sich auf der Straße Compiègne-Soissons ein schweres Autounglück. Der Mühlenbesitzer von Dooren aus Soissons, der mit seiner Familie einen Automobilausflug unternahm, wollte Spaziergängern ausweichen; bei der allzu jähen Wendung überschlug sich das Auto und von Dooren, seine Frau und sein Sohn wurden aus dem Wagen herausgeschleudert und waren sofort tot. Zwei andere Wageninsassen sind lebensgefährlich verletzt worden.

Spionage.

In Diedenhofen (Lothringen) wurde ein Arbeiter wegen Spionagederdelikte verhaftet. Der Arbeiter war früher bei Krupp beschäftigt und soll sich dort Kenntnisse verschafft haben, deren Mitteilungen an auswärtige Staaten unter die Bestimmungen über die Spionage fällt.

Ein Postkuriosum.

Das etwa 100 Einwohner zählende Dorf Kunzendorf gehört hinsichtlich der Postbestellung zu Gagendorf, Kreis Rosenthal, obwohl es sich unmittelbar an Neuland, das eine Postagentur hat, anschließt. Will man einen Brief an den Besitzer des Bauerngutes Nr. 1 in Kunzendorf schicken und gibt diesen Brief in Neuland zur Post — die Agentur ist etwa drei Minuten vom Adressaten entfernt! —, so muß der Brief, ehe er in die Hand des Adressaten gelangt, per Bahn von Neuland über Siegersdorf, Rößfurt, Rauban nach Greiffenberg gehen. Von hier aus wird der Brief durch die Fahrpost nach dem acht Kilometer entfernten Gagendorf gebracht und von der Gagendorfer Agentur aus erfolgt die Bestellung nach Kunzendorf. Der Brief muß also eine fast 80 Kilometer lange Reise machen, ehe er in die Hand des Adressaten gelangt, obwohl dieser nur etwa 300 Meter von der Post, wo der Brief aufgegeben worden ist, entfernt wohnt. — Fernunft wird Unfinn!

